

## Die organisierte Zusammenarbeit: die deutsch-französischen Beziehungen am Vorabend des Elysée-Vertrags (1958-1962)

Baumann, Ansbert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Baumann, A. (2002). *Die organisierte Zusammenarbeit: die deutsch-französischen Beziehungen am Vorabend des Elysée-Vertrags (1958-1962)*. (dfi compact, 1). Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut - dfi. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61507-9>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

dfi compact

Mai 2002  
Nr. 1

Ansbert Baumann

## Die organisierte Zusammenarbeit

Die deutsch-französischen Beziehungen  
am Vorabend des Elysée-Vertrags  
(1958-1962)

ISSN 1619-8441

960.  
AU

WB 960, BAU

FIV-Dok.Nr./DFI  
D 668,562 ✓



xx/6391

**Impressum**

Ansbert Baumann:  
Die organisierte Zusammenarbeit.  
Die deutsch-französischen Beziehungen  
am Vorabend des Elysée-Vertrags (1958-1962),  
Ludwigsburg 2002  
(dfi compact, Nr. 1)

**ISSN 1619-8441**

Herausgeber:  
dfi Deutsch-Französisches Institut  
Asperger Straße 34  
D-71634 Ludwigsburg

© Deutsch-Französisches Institut

**Inhalt**

Vorwort ..... 5

Verzeichnis der Abkürzungen ..... 7

Vorbemerkung ..... 9

1. Der Kanzler und der Präsident:  
Die deutsch-französischen Beziehungen nach 1958 ..... 11

2. Das Treffen von Rambouillet im Juli 1960 und seine Folgen ..... 16

3. Die französische Initiative zur politischen Union Europas ..... 23

4. Der "deutsch-französische Sommer" 1962 ..... 31

5. Das Spätjahr 1962 - "Herbststürme"? ..... 41

6. Protokoll oder Vertrag? ..... 50

Auswahlbibliographie ..... 60

## Vorwort

**dfi compact** – das sind gut dokumentierte, allgemeinverständlich geschriebene Analysen, Hintergrundberichte und Stellungnahmen zu aktuellen Fragen des deutsch-französischen Dialogs. In unregelmäßigen Abständen beziehen Autoren aus dem dfi und externe, vor allem jüngere Wissenschaftler und Journalisten Stellung zu Themen, die von politischer, gesellschaftlicher oder kultureller Relevanz sind. Publikationssprachen sind, je nach Thema und Zielgruppe, Deutsch und Französisch, in Einzelfällen auch Englisch.

Mit dieser neuen Reihe schließt das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg eine Lücke in seinem Publikationsspektrum. Das neuerdings nur noch elektronisch verschickte dfi aktuell ist journalistisch ausgerichtet und dient zudem als Informationsplattform des dfi; die Aktuellen Frankreich-Analysen bereiten Themen zur politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit Frankreichs in knapper Form für deutsche Leser auf, und die wissenschaftlichen Publikationen in Buchform richten sich an ein akademisches Fachpublikum.

**dfi compact** verbindet Allgemeinverständlichkeit und inhaltliche Substanz. In Texten mittlerer Länge werden Teilergebnisse aus unseren Forschungsprojekten sowie Beiträge zu den wichtigen Themen der öffentlichen Diskussion einem breiten Publikum vorgestellt. Zielsetzung ist es, sowohl in Frankreich als auch in Deutschland die fundierte und breite Diskussion um die zentralen Aufgaben unserer Gesellschaften anzuregen und zu unterstützen.

Als Auftakt für diese Reihe ist das Thema "Elysée-Vertrag" ideal geeignet, um die Rückbesinnung auf die großen Erfolge der deutsch-französischen Zusammenarbeit mit dem Nachdenken über die gemeinsame Zukunft zu verknüpfen. Im Vorfeld des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags und angesichts der vor allem von französischer Seite in die Diskussion gebrachte Idee einer Neufassung mag die Darstellung von Ansbert Baumann zum Anlass genommen werden, die Entstehungsumstände des Vertrags zu reflektieren und vor diesem Hintergrund die Zukunft der deutsch-französischen Kooperation in einem erweiterten Europa neu zu denken.

Frank Baasner



## Abkürzungen

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
AdG	Archiv der Gegenwart
BA KO	Bundesarchiv Koblenz
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
DDF	Documents Diplomatiques Français
HStAD	Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
HStASt	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
HStAWi	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
LA SB	Landesarchiv des Saarlands, Saarbrücken
LHA KO	Landeshauptarchiv, Koblenz
MAE	Ministère des Affaires étrangères (Quai d'Orsay), Archives diplomatiques
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
StBKAH	Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf

## Vorbemerkung

Vor genau vierzig Jahren wurde eine entscheidende Neuorientierung der politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich eingeleitet: Im Frühjahr 1962 scheiterten die Verhandlungen über den sogenannten Fouchet-Plan, einer französischen Initiative zur politischen Einigung Westeuropas, welche eine "organisierte Zusammenarbeit" auf der Basis von regelmäßigen Regierungskontakten vorsah. Das Scheitern des Fouchet-Plans ebnete jedoch der deutsch-französischen Annäherung in den darauffolgenden Monaten entscheidend den Weg – eine Entwicklung, die schließlich mit der Unterzeichnung des "Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit" am 22. Januar 1963 ihren Höhepunkt und Abschluss fand.

Der Elysée-Vertrag, wie das Vertragswerk nach dem Ort seiner Unterzeichnung fortan genannt wurde, stellte jedoch keineswegs den logischen Endpunkt einer längeren zielgerichteten Entwicklung dar, und auch das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle war im Vorfeld der Vertragsunterzeichnung nicht immer so ungetrübt, wie es oftmals nach außen hin den Anschein hatte. Nach dem Amtsantritt de Gaulles im Jahre 1958 gab es auch mehrere Phasen mit mehr oder weniger deutlichen politischen Verstimmungen. Dennoch ist auffällig, dass verschiedene Grundüberlegungen in den deutsch-französischen Gesprächen jener Jahre immer wieder auftauchten. Im Folgenden sollen daher die Wege und Umwege, welche in den deutsch-französischen Beziehungen während der Jahre 1958 bis 1962 beschritten wurden und welche schließlich zur Unterzeichnung des Elysée-Vertrages führten, in einem chronologischen Abriss dargestellt werden.

Ansbert Baumann, Tübingen, im Oktober 2001

## 1. Der Kanzler und der Präsident: Die deutsch-französischen Beziehungen nach 1958

Bundeskanzler Adenauer und General de Gaulle begegneten sich 1958 zum ersten Mal persönlich; allerdings hatten sie bereits deutlich früher in verschiedenen Fragen hinsichtlich der politischen Zukunft beider Länder ähnliche Überlegungen geäußert. So gehörte de Gaulle zu den wenigen Franzosen, die einen der ersten Vorstöße Adenauers zur Neugestaltung der deutsch-französischen Beziehungen entschieden unterstützten: Am 7. März 1950<sup>1</sup> hatte Adenauer während eines Interviews mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith eine anzustrebende deutsch-französische Union, die sogar eine gemeinsame Staatsbürgerschaft beinhalten sollte, als "Grundstein für die Vereinigten Staaten von Europa" bezeichnet.<sup>2</sup> Im Gegensatz zu den meisten französischen Politikern, die sich zu diesen Vorschlägen eher skeptisch äußerten, begrüßte de Gaulle, der zu dieser Zeit allerdings kein offizielles politisches Amt innehatte, sie während einer Pressekonferenz am 16. März 1950<sup>3</sup> ausdrücklich und stellte bei gleicher Gelegenheit seinen persönlichen Respekt gegenüber Konrad Adenauer, den er als "guten Deutschen" bezeichnete, heraus.<sup>4</sup> Die ersten politischen Maßnahmen de Gaulles nach seiner politischen Rückkehr im Jahre 1958 wurden von der deutschen Seite dann allerdings mit größerem Mißtrauen zur Kenntnis genommen.<sup>5</sup>

- 1 Daniel Kosthorst, Die «unerwünschte Liaison». Thesen zur Vorgeschichte des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963, in: *Revue d'Allemagne* II (1997), S. 177 – 194, hier: S. 190. Arnulf Baring datiert das Interview fälschlicherweise auf den 6. März (Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie*, München 1971, Band 1, S. 123, Anm. 22; in der Edition von de Gaulles Reden findet sich die ebenfalls unzutreffende Angabe 9. März (Charles de Gaulle, *Discours et Messages. Dans l'attente, Février 1946 – Avril 1958*, Paris 1970, S. 349, Anm. 1).
- 2 Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945 – 1953*, Stuttgart 1965, S. 311 – 316.
- 3 De Gaulle, *Discours et Messages. Dans l'attente, 1946 – 1958*, a.a.O., S. 344 – 358, hier: S. 348 f.
- 4 Ebd., S. 349: "Il y a trente ans, je puis vous le dire, que je suis avec intérêt et considération les actes et les propos de Conrad Adenauer. Il m'a semblé, à plusieurs reprises, percevoir, dans ce que dit ce bon Allemand une sorte d'écho à l'appel de l'Europe, ruinée, disloquée, sanglante et qui appelle ses enfants à s'unir."
- 5 Zu denken ist hier vor allem an den von de Gaulle betriebenen Ausstieg aus dem gemeinsamen Atomprojekt, der von Adenauer sehr negativ aufgenommen wurde und an die damit verbundene Befürchtung, de Gaulle könne eine Annäherung an die Sowjetunion betreiben (Eckart Conze, *Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958 – 1963*, München 1995, S. 72 f.).

Bei dem berühmten ersten Treffen zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten am 14. September 1958 in Colombey-les-deux-Églises zeigte sich aber sehr schnell, dass die beiden Staatsmänner zu einem vertrauten persönlichen Umgang fanden.<sup>6</sup> Schon bei dieser Gelegenheit warb de Gaulle gegenüber Adenauer für "einen permanenten Dialog zwischen Frankreich und der Bundesrepublik über alle politischen Probleme"<sup>7</sup> und für eine selbständige europäische Politik, die sich unabhängig von den Amerikanern entfalten müsse.<sup>8</sup>

Auch während der Berlin-Krise stellte sich de Gaulle ausdrücklich hinter Adenauer und sagte ihm bei einer weiteren Zusammenkunft am 4. März 1959 die uneingeschränkte französische Unterstützung zu.<sup>9</sup> In jener Zeit machte der französische Staatspräsident auch erste Äußerungen, den europäischen Einigungsprozess durch eine neue Initiative wieder in Gang bringen zu wollen: Gegenüber dem italienischen Ratspräsidenten Segni sprach er am 20. März von einer engen politischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Italien, der sich andere europäische Staaten später anschließen könnten.<sup>10</sup> Während seines Staatsbesuchs in Italien konkretisierte de Gaulle dann diesen Vorschlag, indem er im Gespräch mit dem italienischen Staatspräsidenten Gronchi von einer "organisierten europäischen Zusammenarbeit" mit "regelmäßigen Treffen der Minister" und einem "kleinen Sekretariat" sprach.<sup>11</sup> Der

6 Diese Vertrautheit scheint von de Gaulle auch bewußt intendiert gewesen zu sein: Im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Dulles hatte er bereits am 5. Juli 1958 die Kanzlerschaft Konrad Adenauers als eine historische Chance bezeichnet, um das deutsch-französische Verhältnis zu ordnen, die es zu nützen gelte (DDF 1958, Tome II, S. 24 f., S. 27).

7 Protokoll der Unterredung im Nachlaß Josef Jansen, zitiert nach: Thomas Jansen, Die Entstehung des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963, in: Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier/Konrad Rep-gen/Hans-Peter Schwarz (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Band 2: Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976, S. 249 – 271, hier: S. 250.

Der Darstellung Adenauers zufolge war er es, der die Konsultationen vorschlug (Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955 – 1959, Stuttgart 1968, S. 428).

8 Procès-verbal de l'entretien du général de Gaulle et du chancelier Adenauer le 14 septembre 1958, à Colombey-les-Deux-Églises de 16 heures à 18 h.30 (DDF 1958, Tome II, document 155, S. 341 – 345, hier: S. 343 f.; Adenauer, Erinnerungen 1955 – 1959, a.a.O., S. 430 f.).

9 Comptes rendus des entretiens franco-allemands des 3 et 4 mars 1959 (DDF 1959, Tome I, document 131, S. 270 – 279, hier: S. 277).

10 Compte rendu des conversations franco-italiennes de Paris (19–20 mars 1959) (DDF 1959, Tome I, document 174, S. 387 – 401, hier: S. 399).

11 Compte rendu – conversation tête-à-tête entre le général de Gaulle et M. Gronchi dans le train présidentiel italien (Mercredi 24 juin) (DDF 1959, Tome I, document 371, S. 873 – 876, hier: S. 874 f.).

italienische Staatspräsident zeigte sich mit den Vorstellungen einverstanden. Außenminister Couve de Murville informierte daraufhin seinen deutschen Amtskollegen von Brentano, welcher kurz darauf das Einverständnis der Bundesregierung signalisierte, an der Ausgestaltung dieser Überlegungen mitzuwirken.<sup>12</sup>

Am 13. Oktober 1959 trafen sich die sechs Außenminister der EWG in Brüssel,<sup>13</sup> wo der französisch-italienische Plan vorgestellt wurde.<sup>14</sup> Auf ihrem nächsten Treffen am 23. November 1959 in Strasbourg stimmten die Außenminister dem Plan zu, machten allerdings die Auflage, dass das nordatlantische Bündnis und die europäischen Kommissionen über die sie betreffenden Entscheidungen, welche bei den Konsultationstreffen getroffen würden, informiert werden müssten.<sup>15</sup> Immerhin war somit eine neue europäische Initiative auf den Weg gebracht worden.

Die besondere Bedeutung, die innerhalb der europäischen Zusammenarbeit den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich zukam, wurde bei Konrad Adenauers Paris-Aufenthalt am 1. und 2. Dezember 1959 nochmals deutlich hervorgehoben. In einem Gespräch mit de Gaulle äußerte der Kanzler die Ansicht, dass die deutsch-französischen Beziehungen auf eine dauerhafte Basis gestellt werden sollten<sup>16</sup>

12 Jacques Bariéty, Les entretiens de Gaulle – Adenauer de juillet 1960 à Rambouillet. Prélude au plan Fouchet et au traité de l'Élysée, in: Revue d'Allemagne II (1997), S. 167 – 176, hier: S. 168.

13 Das Treffen war auf den französisch-italienischen Gesprächen in Rambouillet am 4. September 1959 vorbereitet worden (Entretiens franco-italiens du 4 septembre 1959 – DDF 1959, Tome 2, document 109, S. 296 – 302); die Ergebnisse teilte Außenminister Couve de Murville den französischen Vertretern in den europäischen Organen mit einem Schreiben vom 5. September 1959 mit (M. Couve de Murville, Ministre des Affaires étrangères, aux représentants diplomatiques de la France à Bruxelles, La Haye, Luxembourg, Bonn – DDF 1959, Tome II, document 112, S. 307 f.).

14 Compte rendu par la représentation permanente de la France auprès des Communautés Européennes de la réunion des ministres des Affaires étrangères du 13 octobre 1959 (DDF 1959, Tome II, document 187, S. 456 – 461, hier: S. 457 f.).

15 Mitteilung des Außenministers Couve de Murville an die französischen Vertreter in den europäischen Organen vom 28. November 1959 (M. Couve de Murville, Ministre des Affaires étrangères, aux représentants diplomatiques de la France à Bonn, Rome, Bruxelles (Ambassade), La Haye, Luxembourg (via Longwy), Bruxelles (DELEFRA) – DDF 1959, Tome II, document 257, S. 634 – 636).

16 In seinen "Erinnerungen" hielt Adenauer ohne Umschweife fest: "Ich habe darauf folgendes erklärt: Ich ginge mit mir zu Rate, wie es möglich sei, das gute Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland auch für die Zeit zu sichern, während der ich nicht mehr im Amt sei." (Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963. Fragmente, Stuttgart 1968, S. 15).

17 "Je n'ai pas songé à une organisation spéciale, mais, par la voie des traités, nous pourrions accorder notre action sur l'ensemble des problèmes" (Entretien en tête-à-tête du général de Gaulle avec le chancelier Adenauer, le 2 décembre, de 10 h. à 12 h. 45, C.R. – Très secret – DDF 1959,



und erwähnte dabei auch die Möglichkeit von Verträgen.<sup>17</sup> Dennoch scheint das Vertrauen des Bundeskanzlers in die Zuverlässigkeit de Gaulles zu dieser Zeit ziemlich schwankend gewesen zu sein:<sup>18</sup> Zum einen beunruhigten ihn die anhaltenden Bemühungen des Generals, die westliche Verteidigungsgemeinschaft unter die Direktive eines Dreier-Direktoriums<sup>19</sup> zu stellen,<sup>20</sup> zum anderen war ihm der – diesem Vorschlag im Grunde widersprechende – französische Wunsch nach einer eigenverantwortlichen europäischen Verteidigung suspekt.<sup>21</sup> Genau diesen Gedanken stellte de Gaulle jedoch bei der Abschlußkonferenz am 2. Dezember 1959 heraus und betonte, dass dabei Frankreich und Deutschland eine bedeutende Rolle zu spielen hätten.<sup>22</sup> Wenige Tage später notierte der damalige

Tome II, document 233 /III, S. 656 – 665, hier: S. 664).

Ob Adenauer mit dieser Bemerkung allerdings bereits konkret an internationale Verträge im völkerrechtlichen Sinne gedacht hatte, erscheint fragwürdig (vgl. Jacques Bariéty, Les entretiens de Gaulle – Adenauer de juillet 1960 à Rambouillet. Prélude au plan Fouchet et au traité de l'Élysée, in: Revue d'Allemagne II (1997), S. 167 – 176, hier: S. 169: "Les 1er et 2 décembre 1959, Adenauer avait séjourné à Paris et avait évoqué devant le général l'intérêt de «traités bi-latéraux» (le mot était avancé pour la première fois, et par Adenauer)."; Kosthorst, Die «unerwünschte Liaison», a.a.O., S. 191 f.: "Adenauer selbst hatte im Gespräch unter vier Augen erstmals von «Verträgen» gesprochen, mit denen er die Dauerhaftigkeit der deutsch-französischen Freundschaft gesichert sehen wollte.").

- 18 Zum wechselhaften Vertrauensverhältnis zwischen Adenauer und de Gaulle: Jacques Bariéty, De Gaulle, Adenauer et la genèse du traité de l'Élysée du 22 janvier 1963, in: De Gaulle en son siècle, Band 5, Paris 1992, S. 352 – 364 (überarbeitet in: Revue d'Allemagne 22 (1990), S. 539 – 564); Kosthorst, Die «unerwünschte Liaison», a.a.O., S. 191 f.
- 19 Am 14. September 1958 richtete de Gaulle zwei gleichlautende Memoranden an den amerikanischen Präsidenten Eisenhower und an den britischen Premierminister Macmillan, in welchen er die Zugehörigkeit Frankreichs zur NATO in Frage stellte und für diese eine neue Organisation in Gestalt eines amerikanisch-britisch-französischen Dreierdirektoriums forderte (Charles de Gaulle, Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958 – 1962, Wien /München /Zürich 1971, S. 248 f.).
- De Gaulle rechnete dabei zu den Fragen, die innerhalb des Dreierdirektoriums abgestimmt werden müßten, ausdrücklich auch die europäische Sicherheit (Kosthorst, Die «unerwünschte Liaison», a.a.O., S. 186).
- 20 Adenauer hatte bereits im Oktober 1958 von de Gaulles Absichten erfahren und reagierte sehr enttäuscht; allerdings stärkte de Gaulles entschiedene Position in der Berlin-Krise wieder sein Vertrauen in den französischen Staatschef (Kosthorst, Die «unerwünschte Liaison», a.a.O., S. 191).
- 21 Bei seinem Gespräch mit Ministerpräsident Debré und Außenminister Couve de Murville am 1. Dezember 1959 reagierte Adenauer ausgesprochen ablehnend auf entsprechende Ausführungen (Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 16).
- 22 Réunion plénière franco-allemande tenue au Palais de l'Élysée le 2 décembre 1959 de 16 h. à 18 h. (DDF 1959, Tome II, document 263 /IV, S. 665 – 669, hier: S. 668).

Gesandte an der deutschen Botschaft in Paris und spätere Leiter der Abteilung II des Auswärtigen Amtes Josef Jansen: "D[e] G[aulle] denkt an deutsch-fr[an]z[ösische] Union. Dies [ist] etwas ganz Neues. Dies wird alles ändern."<sup>23</sup>

Vorerst sah es realiter allerdings keinesfalls nach einer tatsächlichen Union zwischen Frankreich und Deutschland aus. Im Gegenteil: De Gaulle sprach zwar bei einem weiteren Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer im Rahmen der Pariser Gipfelkonferenz am 21. Dezember 1959 davon, dass sich auch die Regierungskabinette beider Staaten öfters zu einem gegenseitigen Meinungsaustausch treffen sollten,<sup>24</sup> jedoch hatte er andererseits schon am 19. Dezember während des Vier-Augen-Gesprächs mit US-Präsident Eisenhower seinen Wunsch nach einem Dreier-Direktorium der NATO bekräftigt.<sup>25</sup> Am 18. Mai 1960 schlug er gegenüber Präsident Eisenhower und Premierminister Macmillan sogar eine Institutionalisierung der Kontakte zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich vor.<sup>26</sup> Adenauer blieb dieses "Doppelspiel"<sup>27</sup> de Gaulles nicht verborgen.<sup>28</sup> Sein Mißtrauen zu dieser Zeit war sogar so groß, dass er auf die Einladung de Gaulles zu Gesprächen nach Rambouillet sehr zurückhaltend reagierte<sup>29</sup> und zeitweise sogar daran dachte, den Besuch abzu-sagen.<sup>30</sup>

- 23 Handschriftliche Notiz vom 13. Dezember 1959, zitiert nach: Kosthorst, Die «unerwünschte Liaison», a.a.O., S. 186.
- 24 Thomas Jansen, Die Entstehung des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963, a.a.O., S. 250.
- 25 Entretien en tête-à-tête du général de Gaulle et du président Eisenhower le 19 décembre 1959 de 11 h. 45 à 12 h. 30 (DDF 1959, Tome II, document 295 /II, S. 757 – 765, hier: S. 760 f.); vgl. auch den Drahtbericht von Herter an das State Department vom 21. Dezember 1959 (Foreign Relations of the United States (FRUS), 1958 – 1960, Bd. VII, S. 317 f.).
- 26 Conférence au sommet de Paris et entretiens annexes (14 – 18 mai 1960), Entretien des chefs d'État ou de gouvernement le mercredi 18 mai à l'Élysée de 17 h. à 18 h. 20 (DDF 1960, Tome I, document 221 /XI, S. 682 – 686, hier: S. 685); FRUS, 1958 – 1960, Bd. VII, S. 360 – 363.
- Am gleichen Tag äußerte de Gaulle sich in einem Vier-Augen-Gespräch mit Eisenhower nochmals in diesem Sinne (FRUS, 1958 – 1960, Bd. VII, S. 364 f.).
- 27 Kosthorst, Die «unerwünschte Liaison», a.a.O., S. 186.
- 28 In seinen Erinnerungen notierte Adenauer im Zusammenhang mit einem Gespräch mit dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Antoine Pinay am 4. Juli 1960 in Bonn: "In unserem Verhältnis zu Frankreich, zu de Gaulle, trat in den Wochen nach dem gescheiterten Pariser Gipfeltreffen eine merkwürdige Veränderung ein, nicht zum Guten. Frankreichs Verhalten gegenüber der NATO war dazu angetan, sehr besorgt zu machen. Frankreichs Europapolitik schien unbestimmt und vage." (Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 54).
- 29 François Seydoux, Beiderseits des Rheins. Erinnerungen eines französischen Diplomaten, Frankfurt am Main 1975, S. 243 – 245.
- 30 Kosthorst, Die «unerwünschte Liaison», a.a.O., S. 192.

## 2. Das Treffen von Rambouillet im Juli 1960 und seine Folgen

Während der Begegnung, die dann am 29. und 30. Juli in Rambouillet stattfand,<sup>31</sup> waren die Mißverständnisse und Verstimmungen offenbar jedoch rasch bereinigt, so dass die Gespräche "in großer Offenheit geführt"<sup>32</sup> wurden.<sup>33</sup> Ja, man kann sogar davon sprechen, dass Adenauer in Rambouillet –zumindest vorübergehend– ein "beinahe rückhaltlose[s] Einschwenken auf das Europakonzept de Gaulles"<sup>34</sup> erkennen ließ. Auf der ersten Unterredung der beiden Politiker am 29. Juli soll de Gaulle Adenauer sogar den spektakulären Vorschlag einer regelrechten deutsch-französischen Union, mit einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik und einer gemeinsamen Staatsangehörigkeit für Deutsche und Franzosen gemacht haben. Es existieren anscheinend jedoch auf deutscher Seite keine Originaldokumente über diese Unterredung. Adenauers Bericht in seinen "Erinnerungen"<sup>35</sup> gibt offenbar nicht den ganzen Verlauf des Gesprächs wieder.<sup>36</sup> Möglicherweise wurde die ursprüngliche Mitschrift auf Anweisung des Kanzlers noch einmal überarbeitet und das Originaldokument anschließend vernichtet.<sup>37</sup> Die Vermutungen über den tatsächlichen Inhalt der Unterredung fußen somit auf Aussagen, die Adenauer direkt nach dem Gespräch während eines kurzen Spaziergangs im Park

31 In Manfred Görtemakers neuer "Geschichte der Bundesrepublik" hat sich bei diesem Datum ein Fehler eingeschlichen: Es heißt dort fälschlicherweise "am 29. und 30. September" (Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 386).

32 Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 59.

33 Entretiens franco-allemands de Rambouillet (DDF 1960, Tome II, document 54, S. 163 – 179).

34 Kosthorst, Die «unerwünschte Liaison», a.a.O., S. 192.

35 Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 59 – 62.

36 Der Dolmetscher Hermann Kusterer bestätigte später, dass Adenauer in seinen Memoiren offensichtlich einzelne Passagen ausgelassen habe: "Die Wiedergabe des Gesprächsinhalts durch Adenauer in den »Fragmenten« der »Erinnerungen« – zwei Seiten – ist sicherlich eine gekürzte Fassung meiner Gesprächsaufzeichnung. Immerhin dauerte allein das Nachmittagsgespräch runde vier Stunden. So fehlt beispielsweise ein in meinen Augen nicht unwichtiges Detail: De Gaulle fragte Adenauer nämlich irgendwann im Zusammenhang mit seinen Europavorstellungen, ob der Kanzler meine, dass bei »so etwas« auch England dabeisein sollte. Adenauer zögerte einen Augenblick und bemerkte dann et-wa: »Ach wissen Sie, Herr General, mit den Engländern ist das immer so eine Sache. Sie haben ihr Commonwealth und ...« (die restlichen Worte sind mir nicht mehr in Erinnerung)." (Hermann Kusterer, Der Kanzler und der General, Stuttgart 1995, S. 135 f.).

37 Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel, 1957 – 1963, Stuttgart 1983, S. 116; Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1998, S. 386 f.

von Rambouillet gegenüber seinem Persönlichen Referenten Franz Josef Bach machte;<sup>38</sup> es könnte allerdings auch sein, dass es sich bei den spektakulären Vorschlägen des französischen Präsidenten um ein Mißverständnis auf Seiten Adenauers handelte.<sup>39</sup> Jedenfalls reagierte der Bundeskanzler anscheinend eher zögerlich.<sup>40</sup>

38 Schwarz, Die Ära Adenauer, a.a.O., S. 116.

39 Hans-Peter Schwarz untermauerte 1983 die These, dass eine derartige deutsch-französische Union von de Gaulle vorge-schlagen wurde durch ein Interview mit Franz Josef Bach (ebd., S. 116). 8 Jahre später räumte er jedoch im zweiten Band seiner Adenauer-Biographie selbst die Möglichkeit eines Mißverständnisses von seiten Adenauers ein und wertete dies als ein Anzeichen dafür, "wie viel dem Kanzler damals schon an einer Zweier-Union lag". (Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann 1952 – 1967, Stuttgart 1991, S. 567 f.). Der diplomatische Berater im Generalsekretariat des französischen Präsidenten Pierre Maillard wußte jedenfalls offensichtlich nichts von einem derartigen Vorschlag de Gaulles: "Von einem »Zweibund« zwischen Frankreich und Deutschland, dessen Idee erst später auf-kam, war in Rambouillet nicht die Rede" (Pierre Maillard, De Gaulle und Deutschland. Der unvollendete Traum, Bonn 1991, S. 237). Ein solcher Vorschlag hätte, so betonte Hans-Dieter Lucas in seiner 1992 erschienenen Untersuchung, "in fundamentaler Weise all dem widersprochen, was de Gaulle bis dahin über die Formen zwischenstaatlicher Gemeinschaftsbildung gesagt und geschrieben hatte." (Hans-Dieter Lucas, Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958 – 1969), Bonn /Berlin 1992, S. 136). Lucas wies auch darauf hin, dass auch andere Zeitzeugen sich skeptisch gegenüber Bachs Bericht äußerten (ebd., S. 136 f.). Jacques Bariéty ging dann 1997 davon aus, dass es sich –wie von Schwarz vermutet– tatsächlich um ein Mißverständnis handelte (Jacques Bariéty, Les entretiens de Gaulle – Adenauer de juillet 1960 à Rambouillet. Prélude au plan Fouchet et au traité de l'Élysée, in: Revue d'Allemagne II (1997), S. 167 – 176, hier: S. 172).

Gilbert Ziebura ging dagegen ebenfalls im Jahre 1997 in seiner leicht polemischen Darstellung der Gespräche von Rambouillet in keiner Weise auf die unsichere Überlieferung der Vorschläge de Gaulles ein, sondern erweckte fälschlicherweise den Eindruck, der "Vorschlag einer deutsch-französischen Konföderation, freilich mit ziemlich unklaren und widersprüchlichen Kompetenzen (gemeinsame Staatsangehörigkeit, Außen- und Verteidigungspolitik, Finanzen?)" sei Teil des schriftlichen Entwurfs gewesen, den de Gaulle Adenauer erst am Morgen des 30. Juli über-reichte (Gilbert Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Stuttgart 1997, S. 159). Auch Knut Linsel stellte 1998 de Gaulles "Pläne [...], die Ende Juli 1960 in seinem Vorschlag einer regelrechten »deutsch-französischen Union«, einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik und einer Staatsangehörigkeit für Deutsche und Franzosen gipfelten" ohne eine kritische Bemerkung zu ihrer Überlieferung dar (Knut Linsel, Charles de Gaulle und Deutschland, Sigmaringen 1998, S. 196).

Martin Koopmann, der in seiner im Jahr 2000 erschienenen Dissertation auf die im Archiv des Quai d'Orsay verwahrten französischen Gesprächsprotokolle zurückgreifen konnte, erwähnte die angeblichen Äußerungen de Gaulles hingegen mit keinem Wort, was die These eines Mißverständnisses bestätigen könnte (Martin Koopmann, Das schwierige Bündnis. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1958 – 1965, Baden-Baden 2000, S. 142 – 144).

40 "Er habe geantwortet, so erzählte er Bach, dass sich für die Bundesregierung aus einem solchen Plan einige positive Aspekte entwickeln könnten. Im ganzen aber sehe er sich nicht in der Lage, diesen Ideen zuzustimmen. Der Bundesregierung müsse die jüngste Vergangenheit mit dem Versuch Hitlers, die europäischen Völker zu unterjochen, immer bewußt sein. Sie könne sich daher nicht dazu hergeben, eine Zwangslage zu schaffen, in der den freien europäischen Völkern keine



Am Morgen des nächsten Tages überreichte de Gaulle eine handschriftliche Notiz, in welcher er in neun Paragraphen seine Vorstellungen einer zukünftigen Organisation Europas darlegte.<sup>41</sup> Diesem Papier lag nicht die Idee einer deutsch-französischen Union zugrunde, sondern es zielte auf eine organisatorische Einigung ganz Westeuropas. Die in dem schriftlichen Memorandum formulierten Gedanken stellen somit eine Art Gerüst für den später von Frankreich forcierten Plan zur Errichtung einer Europäischen Union (Fouchet-Plan) dar, dessen Grundsätze hier bereits formuliert wurden: Nicht die europäische Wirtschaftsgemeinschaft sollte demnach die Basis für die künftige Kooperation bilden, sondern eine organisierte Zusammenarbeit der Staaten in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Verteidigung,<sup>42</sup> wobei auch schon die Forderung nach einer Reform der bestehenden europäischen Organisationen<sup>43</sup> und der NATO<sup>44</sup> erhoben wurde. In der Praxis sollte die organisierte Zusammenarbeit, so die Überlegungen de Gaulles, durch regelmäßige Konsultationen und die Ausarbeitung gemeinsamer Positionen und Vorgehensweisen gewährleistet werden.<sup>45</sup> Ständige gemeinsame Kommissionen von Beamten und Sachverständigen sollten die Beschlüsse vorbereiten und deren

andere Wahl bliebe, als sich mit de Gaulles Konzept anzufreunden." (Schwarz, Die Ära Adenauer, a.a.O., S. 116 f.).

- 41 Note au sujet de l'organisation de l'Europe (Charles de Gaulle, Lettres, Notes et Carnets, Band 8, Juin 1958 – Décembre 1960, Paris 1985, S. 382 f.). Das handschriftliche Original des Memorandums befindet sich im Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf (StBKAH), eine Abschrift mit Schreibmaschine im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Bonn (Bariéty, Les entretiens de Gaulle – Adenauer de juillet 1960 à Rambouillet, a.a.O., S. 172). Adenauer läßt das Memorandum in seinen Memoiren unerwähnt (Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 62 – 67).
- 42 "Si l'on croit qu'il est nécessaire que l'Europe devienne une entité réelle exerçant une action propre dans les affaires du monde, il faut vouloir qu'elle soit organisée par elle-même et pour elle-même dans les domaines politique, économique, culturel et dans celui de la défense" (de Gaulle, Lettres, Notes et Carnets, Band 8, a.a.O., S. 382).
- 43 "Adopter cette conception, c'est admettre que les organismes «supra-nationaux», qui ont été constitués entre les Six et qui tendent inévitablement et abusivement à devenir des super-États irresponsables, seront réformés, subordonnés aux gouvernements et employés aux tâches normales du Conseil et de la technique" (ebd., S. 382).
- 44 "Adopter cette conception, c'est d'autre part, mettre un terme à «l'intégration» américaine en quoi consiste présente-ment l'Alliance atlantique et qui est contradictoire avec l'existence d'une Europe ayant au point de vue international sa personnalité et sa responsabilité. L'Alliance atlantique doit être fondée sur de nouvelles bases. C'est à l'Europe de les proposer" (ebd., S. 382).
- 45 "En pratique, afin d'assurer un début de coopération organisée des États, les responsables suprêmes doivent se réunir périodiquement et régulièrement et concerter leur action commune dans les divers domaines, les réunions étant précédées et suivies de réunions de ministres pour préparer et mettre en œuvre les décisions" (ebd., S. 382).

Ausführung verfolgen.<sup>46</sup> Deutschland und Frankreich sah de Gaulle hierbei in einer Vorreiterrolle:<sup>47</sup> Sie sollten bei dem europäischen Einigungsprozeß voranschreiten; andere Staaten würden sich dann anschließen.<sup>48</sup>

Adenauer begrüßte die Pläne de Gaulles zunächst und stimmte, trotz der erkennbaren "anti-amerikanischen Akzente"<sup>49</sup>, dem Vorhaben zu, diese auch den anderen Regierungschefs der sechs EWG-Staaten zukommen zu lassen.<sup>50</sup> Der französische Staatspräsident seinerseits scheint nach den Gesprächen die weitere Entwicklung ebenfalls sehr positiv eingeschätzt zu haben: In einem Schreiben an den französischen Außenminister Couve de Murville vom 1. August 1960<sup>51</sup> kündigte er in fast euphorisch wirkender Weise seinen Plan an, im Oktober 1960 zu einer europäischen Konferenz einzuladen, im Rahmen derer dann eine europäische Organisation begründet werden sollte,<sup>52</sup> mit welcher auf der Basis von regelmäßigen Konsultationen die europäische Einigung vorangebracht werden sollte. Für den Fall, dass die anderen Länder Einwände hätten, sollten Deutschland und Frankreich auf diesem Weg vorangehen.<sup>53</sup>

In Deutschland machte sich zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits eine deutlich andere Stimmung breit: Als Bundeskanzler Adenauer nämlich nach seiner Rückkehr aus Paris der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über

- 46 "Des Commissions communes et permanentes de fonctionnaires et d'experts auront à réunir les éléments des décisions des gouvernements et à suivre l'exécution. Quatre Commissions paraissent nécessaires, respectivement pour les domaines: politique, économique, culturel et pour celui de la défense" (ebd., S. 383).
- 47 "Le concours des circonstances offre à l'organisation de l'Europe une occasion exceptionnelle. Le président de la République française et le chancelier de l'Allemagne fédérale doivent à l'Europe, à leurs deux pays et à eux-mêmes de prendre les initiatives nécessaires" (ebd., S. 383).
- 48 "Pour être efficace, pour s'appuyer sur le sentiment et l'adhésion des peuples, pour ne pas se perdre dans les nuées des théories, «l'Europe» ne peut actuellement consister qu'en une coopération organisée des États. Tout commande que cela se fasse à partir d'un accord de la France et de l'Allemagne, auquel adhéreront tout d'abord l'Italie, la Hollande, la Belgique et le Luxembourg" (ebd., S. 382).
- 49 Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 387.
- 50 Schwarz, Die Ära Adenauer, a.a.O., S. 116; Bariéty, Les entretiens de Gaulle – Adenauer de juillet 1960 à Rambouillet, a.a.O., S. 172 f.
- 51 De Gaulle, Lettres, Notes et Carnets, Band 8, a.a.O., S. 383 f.
- 52 "A la suite de la visite du chancelier, il nous faut battre le fer de l'organisation de l'Europe, car ce fer est chaud. La première opération doit consister à former discrètement mais effectivement l'embryon de commission politique. Ce sera d'abord, une affaire franco-allemande qu'il y a lieu de mettre en route tout de suite" (ebd., S. 383).
- 53 "S'il devait y avoir des difficultés du côté des Italiens ou du Benelux, alors la conférence d'octobre serait franco-allemande et aboutirait à un accord franco-allemand ouvert aux quatre autres" (ebd., S. 384).

die Gespräche Bericht erstattete, "kam es zu einem ersten Aufruhr"<sup>54</sup> : Verschiedene Abgeordnete, unter anderem Kurt Birrenbach, Hermann Kopf, Ernst Majonica und Berthold Martin sprachen sich dabei entschieden für die Beibehaltung der bisherigen, auf supranationale Integration zielenden Europapolitik aus. Auch der Fraktionsvorsitzende Heinrich Krone brachte seine Besorgnis zum Ausdruck und warnte vor einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten, da das Bündnis mit den USA für die Bundesrepublik eine existentielle Bedeutung<sup>55</sup> habe. Selbst Außenminister Brentano und Staatssekretär Globke meldeten große Bedenken gegen die Vorstellungen de Gaulles an.<sup>56</sup>

Adenauer zeigte sich von den Einwänden seiner Mitarbeiter nicht unbeeindruckt.<sup>57</sup> In den folgenden Tagen rückte er daher vorsichtig von den in Rambouillet gemeinsam mit de Gaulle anvisierten Vorhaben ab, und die Bundesregierung suchte abermals Kontakt zur französischen Regierung: Am 6. August traf Staatssekretär van Scherpenberg in Paris zu ausführlichen Besprechungen mit Außenminister Couve de Murville zusammen, bei denen die gemeinsamen Positionen noch einmal überdacht werden sollten und der französischen Seite ein umfangreicher Fragenkatalog der deutschen Regierung übermittelt wurde.<sup>58</sup> Einige Tage

54 Günter Buchstab, Zwischen "Zauber und Donner". Die CDU/CSU und de Gaulle, in: Loth / Picht (Hg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, a.a.O., S. 95 – 107, hier: S. 98.

55 Am 1. August 1960 notierte Heinrich Krone in sein Tagebuch: "Geradezu tödlich gefährlich ist das, was de Gaulle mit der NATO vorhat. [...] Das heißt, den Amerikanern den Stuhl vor die Tür Europas setzen, und das in einem Augenblicke, wo ein neuer Präsident kommt, von dem man sowie-so nicht weiß, wie sehr ihm amerikanisch gesehen an Europa gelegen ist. [...] Wir sind es, die auf Amerika angewiesen sind, und nicht die Amerikaner auf uns. [...] Das ganze ist eine Abkehr von dem bisherigen Weg deutscher Politik [...]" (ACDP, NL Krone, I-028-006/4).

56 Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 573; Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 387; Koopmann, Das schwierige Bündnis, a.a.O., S. 144 f.

57 Am 2. August hatte Krone dem Bundeskanzler seine Bedenken nochmals schriftlich übermittelt: "Die von Staatspräsident de Gaulle vorgetragene europäische Konzeption läuft auf ein "Europa der Vaterländer" hinaus. Dieser Gedanke ist schon des öfteren von französischer Seite geäußert worden. Er bedeutet im Grunde eine Abkehr von dem bisherigen Wege, Europa über europäische Institutionen aufzubauen. Dabei setze ich voraus, dass die bestehenden europäischen Institutionen nicht abgebaut werden. Wenn auch daran gerüttelt werden sollte, so wäre das eine völlige Abkehr von unserer bisherigen Europapolitik. [...] Ich hätte Ihnen, verehrter Herr Bundeskanzler, diesen Brief nicht geschrieben, wenn ich nicht wirklich über die weitere europäische Entwicklung und über unser Verhältnis zu Amerika besorgt wäre." (Schreiben von Heinrich Krone an Bundeskanzler Adenauer vom 2. August 1960 – ACDP, NL Krone, I-028-006/4).

58 Note de la Direction des Affaires économiques et financières – Entretiens du 6 août avec M. van Scherpenberg (DDF 1960, Tome II, document 67, S. 204 – 206); Maurice Couve de Murville, Außenpolitik 1958 – 1969, München 1973, S. 203.

später, am 15. August, schrieb Adenauer in einem persönlichen Brief an de Gaulle folgende ernüchternden Sätze:<sup>59</sup> "In der Zwischenzeit habe ich mir auch, wie ich Ihnen damals sagte, unsere Gespräche von Rambouillet noch einmal reiflich überlegt. Insbesondere habe ich die Gedanken, die Sie am Morgen des 30. Juli zu Papier gebracht und mir zu Beginn unserer Besprechung morgens um 11 Uhr übergeben haben, sorgfältig durch den Kopf gehen lassen. So sehr ich mit vielen Ihrer Gedanken übereinstimme, glaube ich doch, wie schon damals in Rambouillet, darauf hinweisen zu sollen, dass sie in manchem noch einer Präzisierung bedürfen, nicht zuletzt, damit nicht in der Öffentlichkeit die zum Ausdruck gekommenen Überlegungen mißdeutet werden können."<sup>60</sup>

Spätestens zu diesem Zeitpunkt mußte de Gaulle erkennen, dass der deutsche Bundeskanzler nicht bereit war, seine kontinentaleuropäischen Pläne bedingungslos zu unterstützen, die offensichtlich "zu weit von der gesicherten deutschen Europa- und Atlantik-Politik entfernt"<sup>61</sup> waren. De Gaulle scheint über Adenauers Rückzug sehr enttäuscht, ja geradezu verbittert gewesen zu sein<sup>62</sup> und lancierte nunmehr, nachdem die Pläne zu einer privilegierten bilateralen Zusammenarbeit mit Deutschland vorerst als gescheitert erschienen, sogar verstärkt seine Initiativen für die Organisation der europäischen Zusammenarbeit: Auf einer Pressekonferenz<sup>63</sup> erklärte er am 5. September, dass die bestehenden europäischen Institutionen zu wenig Autorität besäßen. An ihrer Stelle sollten die europäischen Regierungen zu regelmäßigen Konsultationen auf allen Gebieten des politischen Lebens zusammenkommen. Zudem forderte er erneut eine Reform der NATO und bekannte sich zu einer Verteidigungspolitik

59 Bundeskanzler Adenauer an Staatspräsident de Gaulle, 15.8.1960, Geheim, Abschrift von Abschrift (Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, Dokumente 1949 – 1963, Band 1, Dokument Nr. 273, S. 824 – 826).

60 Ebd., S. 824 f.

61 Per Fischer, Der diplomatische Prozeß der Entstehung des deutsch-französischen Vertrages von 1963, in: VfZG 41 (1993), S. 102 – 116, hier: S. 105.)

62 Am 30. September 1960 schrieb de Gaulle an Michel Debré: "Je regrette, pour ma part, d'en avoir parlé naguère aussi franchement que je l'ai fait au chancelier Adenauer. Je le croyais plus vraiment européen que, sans doute, il n'est en réalité" (Linsel, Charles de Gaulle und Deutschland 1914 – 1969, a.a.O., S. 178, Anm. 196).

63 Conférence de presse, tenue au Palais de l'Élysée le 5 septembre 1960, in: Charles de Gaulle, Discours et messages. Avec le renouveau, 1958 – 1962, Paris 1970, S. 234 – 251.



mit nationalem Charakter. Diese Aussagen riefen wiederum das Misstrauen des deutschen Bundeskanzlers hervor;<sup>64</sup> die Bemühungen um eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit hatten somit vorerst zu einer gewissen Entfremdung der beiden Partner geführt. Andererseits hatten sie aber einer neuen Europa-Initiative den Weg geebnet.<sup>65</sup>

64 Nach einer Notiz des deutschen Botschafters in Paris Herbert Blankenhorn vom 24. September 1960 erklärte Adenauer in dieser Situation, "dass er das Vertrauen in den General restlos verloren habe" (Kosthorst, Die «unerwünschte Liaison», a.a.O., S. 192).

65 Bariéty, Les entretiens de Gaulle – Adenauer de juillet 1960 à Rambouillet, a.a.O. S. 176.

### 3. Die französische Initiative zur politischen Union Europas

Das deutsch-französische Verhältnis hatte gelitten, und die Spannungen konnten auch beim Besuch des französischen Premierministers Michel Debré in Bonn am 7. und 8. Oktober 1960 nicht beseitigt werden.<sup>66</sup> Die französische Regierung forcierte in den folgenden Monaten ihre Bemühungen um eine politische Union Europas – am 13. Oktober 1960 schlug sie regelmäßige Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs vor, auf der Tagung der WEU-Versammlung in Paris kündigte Premierminister Debré im Dezember 1960 neue Initiativen zur europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Politik und der Verteidigung an, und am 10. Februar 1961 wurde in Paris eine zweitägige Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten eröffnet, welche die politische Zusammenarbeit der sechs Staaten entscheidend voranbringen sollte. Auf dieser Konferenz wurde dann ein Communiqué<sup>67</sup> verabschiedet, in welchem die Einsetzung einer Studienkommission aus Regierungsvertretern beschlossen wurde, die konkrete Vorschläge zur Organisation der künftigen europäischen Zusammenarbeit liefern sollte.<sup>68</sup>

Im Laufe dieser Entwicklungen trat in Paris offenbar "die Idee einer Organisation der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Hintergrund"<sup>69</sup>. Dennoch bezeichnete de Gaulle bei einer Unterredung mit Adenauer am Vortag der Pariser Konferenz das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich weiterhin als das "Kernstück"<sup>70</sup> der europäischen Einigung und äußerte sich auch bei der nächsten Besprechung mit dem Bundeskanzler am 20. Mai 1961 in Bonn optimistisch.<sup>71</sup> Allem Anschein nach war es nun jedoch vor allem die deutsche Seite, die auf

66 Entretiens franco allemands de Bonn (7 – 8 octobre 1960) (DDF 1960, Tome II, document 162, S. 467 – 486); Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 70 – 76.

Couve de Murville, der Michel Debré auf seinem Deutschlandbesuch begleitete, bezeichnete später die Stimmung bei den Gesprächen als "gereizt" (Couve de Murville, Außenpolitik, a.a.O., S. 203).

67 Europa-Archiv, Folge 5 / 1961, S. D 128 f.

68 Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten vom 10. / 11. 2. 1961, Protokoll (Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949 – 1963, Band 1, Dokument Nr. 281, S. 844 – 850).

69 Hans-Peter Schwarz, Präsident de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und die Entstehung des Elysée-Vertrages, in: S. 169 – 179, hier: S. 173.

70 Unterredung mit de Gaulle am 9. Februar 1961 (Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 80 – 88, hier: S. 84).

71 Begegnung mit de Gaulle in Bonn am 20. Mai 1961 (Ebd., S. 101 – 111).

eine Institutionalisierung der binationalen Beziehungen drängte: "Bei dieser Besprechung führte Brentano unter anderem in sehr wirkungsvoller Weise aus, wie im Interesse von Frankreich und Deutschland und Europa ein gemeinsames politisches Handeln Frankreichs und Deutschlands notwendig sei, gleichgültig worum es gehe. Er führte dann weiter aus, man müsse aber diese enge Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ländern unabhängig machen von der Übereinstimmung in der politischen Überzeugung und der persönlichen Freundschaft der jetzt in Frankreich und Deutschland leitenden Persönlichkeiten. Man müsse sie institutionell machen, damit sie den Wechsel in den Persönlichkeiten, der ja eines Tages kommen könne, überstehe."<sup>72</sup> Später forderte Adenauer den französischen Staatspräsidenten sogar direkt zu einem deutsch-französischen Alleingang auf: "Fangen wir also an. Wir werden dann sehen, ob die anderen zu einer Zusammenarbeit bereit sind. Sind sie es, gut, wenn nicht, müssen wir sie eben beiseite lassen. Deutschland und Frankreich müssen handeln."<sup>73</sup>

Zunächst sah es allerdings so aus, als ob tatsächlich alle sechs EWG-Staaten an einer Einigung interessiert wären. Auf einer Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Bonn am 18. Juli 1961 wurde eine Kompromißformel zur künftig beabsichtigten Zusammenarbeit in Europa gefunden: Indem sie einerseits eine Stärkung der bestehenden Gemeinschaften und andererseits deren Ergänzung durch ein politisches Statut forderte, vermittelte die sogenannte "Bonner Erklärung"<sup>74</sup> zwischen der französischen Forderung nach einer politischen Neuorganisation Europas und den kritischen Positionen, die genau darin eine Gefahr für die bestehende Zusammenarbeit in Europa sahen.<sup>75</sup> Außerdem wurde die bereits im Februar beschlossene Studienkommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs für das europäische Statut unter dem Vorsitz des Franzosen Christian Fouchet eingesetzt. Diese legte am 19. Oktober 1961 einen ersten Statutenentwurf für die projektierte Europäische Politische Union (EPU) vor, den sogenannten "Fouchet-Plan I".<sup>76</sup>

72 Ebd., S. 104.

73 Ebd., S. 107.

74 Europa-Archiv, Folge 16 /1961, S. D 469 f.

75 Die französische Kompromißbereitschaft stieß jedoch immer wieder auf Grenzen. So betonte Außenminister Couve de Murville nur zwei Tage nach der "Bonner Erklärung" am 20. Juli 1961, dass ein gemeinsamer Markt ohne politische Union auf Dauer nicht möglich sei.

76 Horst Möller /Klaus Hildebrand (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949 – 1963, München 1997, Dok. 251, Anm. 3, S. 660; Europa-Archiv, Folge 19 /1964, S.

Inzwischen waren jedoch Entwicklungen eingetreten, welche die europäischen Diskussionen in der Folgezeit entscheidend beeinflussen sollten: Am 10. August 1961 hatte Großbritannien offiziell die Aufnahme in die EWG beantragt.<sup>77</sup> Drei Tage später, am 13. August 1961 wurde mit der Errichtung der Berliner Mauer begonnen, welche die Berlin-Krise zu einem neuen, sichtbaren Höhepunkt führte.<sup>78</sup> Die Reaktion der Westmächte auf den Mauerbau fiel bekanntlich insgesamt recht verhalten aus,<sup>79</sup> nicht zuletzt da sich seit dem Beginn der Krise im November 1958 das militärische Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion entwickelt hatte.<sup>80</sup> In Washington wurde der Mauerbau sogar als das Ende des direkten sowjetischen Drucks auf West-Berlin und somit als eine gewisse Entschärfung der Krise aufgefaßt.<sup>81</sup> In der Bundesrepublik mehrten sich daher "Stimmen, welche die Bundesrepublik und Berlin von den USA im Stich gelassen sahen."<sup>82</sup> In dieser schwierigen Situation<sup>83</sup> begab sich Adenauer am 20. November zu Besprechungen mit Präsident Kennedy

D 466 – 485; Jürgen Schwarz (Hg.), Der Aufbau Europas. Pläne und Dokumente 1945 – 1980, Bonn 1980, S. 364 – 370.

In den beiden letzteren Veröffentlichungen wird der Plan fälschlicherweise auf den 2. November 1961 datiert. Martin Koopmann übernahm in seiner Dissertation, in der er auch ausführlich auf den Fouchet-Plan einging, dieses Datum (Koopmann, Das schwierige Bündnis, a.a.O., S. 161 – 165).

77 Der britische Premierminister Macmillan hatte am 31. Juli 1961 im Unterhaus angekündigt, dass seine Regierung Verhandlungen über einen Beitritt zur EWG anstreben werde. Die EWG-Kommission und der WEU-Ministerrat hatten diese Ankündigung bereits am nächsten Tag ausdrücklich begrüßt, und der Regierungsantrag, Beitrittsverhandlungen mit der EWG aufzunehmen, war am 3. August vom Unter- und am 4. August vom Oberhaus genehmigt worden.

78 Hans-Peter Schwarz (Hg.), Berlinkrise und Mauerbau, Bonn 1985; Rolf Steininger, Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958 – 1963, München 2001.

79 Die direkte Konfrontation von amerikanischen und sowjetischen Panzern, zu der es am 27. und 28. Oktober 1961 am "Checkpoint Charlie" kam (Peter Bender, Panzer am Checkpoint Charlie, in: Die Zeit vom 25. November 1988, S. 49 f.), blieb singulär.

80 Dies wurde beispielsweise am 30. Oktober 1961 deutlich, als die Moskauer Regierung bei der Insel Nowaja Semlja im Eismeer den größten jemals gezündeten thermonuklearen Atomsprengekörper testen ließ.

81 Hanns-Jürgen Grabbe, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945 – 1966, Düsseldorf 1983, S. 286.

82 Conze, Die gaullistische Herausforderung, a.a.O., S. 210.

83 Bei den Parlamentswahlen am 17. September 1961 hatte Adenauer außerdem die absolute Mehrheit verloren, die Regierungsbildung und die Koalitionsverhandlungen mit der FDP erwiesen sich als ausgesprochen schwierig. Erstes prominentes Opfer wurde dabei Außenminister Heinrich von Brentano, der durch Gerhard Schröder ersetzt wurde. In Bezug auf Frankreich unterschied dieser sich deutlich von seinem Vorgänger: Während von Brentano niemals ein Hehl aus seiner Liebe zu Frankreich gemacht hatte, kannte Schröder Frankreich kaum und war weit mehr auf die angelsächsischen Länder orientiert.

nach Washington,<sup>84</sup> als deren Ergebnis Übereinstimmung darin bestand, dass die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen fortgeführt werden sollten, dabei aber nur ein begrenztes Berlin-Abkommen anzustreben sei.<sup>85</sup>

Die französische Regierung hatte hingegen schon seit Beginn der Berlin-Krise Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Status von West-Berlin strikt abgelehnt und blieb auch weiterhin bei dieser Linie.<sup>86</sup> Genau dies beunruhigte Adenauer, da "Frankreich bewußt beiseite stand und folglich den möglichen Konzessionen des großen Partners nicht entgegengetreten konnte"<sup>87</sup>. Aus diesem Grund gerieten er und de Gaulle bei ihren nächsten Besprechungen am 9. Dezember 1961 in Paris heftig aneinander,<sup>88</sup> der neue deutsche Außenminister Gerhard Schröder äußerte sich bei seiner ersten Begegnung mit seinem französischen Amtskollegen, die ebenfalls "etwas stürmisch"<sup>89</sup> verlief, im gleichem Sinne. Allerdings beruhigten sich die Gemüter im Laufe der Gespräche, und es herrschte dann immerhin im Hinblick auf die künftige europäische Entwicklung Einvernehmen zwischen Adenauer und de Gaulle. Dies galt insbesondere auch hinsichtlich der kritischen Bewertung des britischen Beitrittsgesuchs, da beide eine Beteiligung des Commonwealth am gemeinsamen Markt ablehnten.<sup>90</sup>

Die Politik der europäischen Einigung erreichte schließlich trotz der Turbulenzen einen bedeutenden Fortschritt: Die sechs EWG-Staaten konnten sich bis zum 14. Januar 1962 auf eine gemeinsame europäische Agrarpolitik verständigen und damit ein größeres Problem auf dem Wege zur europäischen Integration beiseite räumen. Auf einem anderen Schauplatz brachte allerdings der seit dem 19. Oktober 1961 vorliegende Vertragsentwurf der Fouchet-Kommission zur Schaffung einer Europäischen

84 Waldemar Besson sah in dieser USA-Reise Adenauers "die schwierigste seiner gesamten Amtszeit" (Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 298).

85 Conze, Die gaullistische Herausforderung, a.a.O., S. 219.

86 West-Berlin besaß für die französische Politik nicht zuletzt auch eine psychologische Bedeutung, da nach der Rückerlangung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955 Frankreich nur noch in West-Berlin den Status einer wirklichen Siegermacht hatte (Cyrill Buffet, La politique nucléaire de la France et la seconde crise de Berlin 1958 - 1962, in: Relations internationales 59 (1989), S. 347 - 358).

87 Couve de Murville, Außenpolitik, a.a.O., S. 206.

88 Adenauer, Erinnerungen 1959 - 1963, a.a.O., S. 119 - 125.

89 Couve de Murville, Außenpolitik, a.a.O., S. 207.

90 Adenauer, Erinnerungen 1959 - 1963, a.a.O., S. 128 - 131.

Politischen Union (EPU) neue Schwierigkeiten: Der Entwurf sah eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik vor und forderte für den Europäischen Rat das Einstimmigkeitsprinzip; zudem sollte in Paris ein politisches Sekretariat eingerichtet werden, welches unter anderem die Arbeit der bereits bestehenden Institutionen der EWG koordinieren sollte.<sup>91</sup>

Die französische Seite war bei den Verhandlungen über den Plan zunächst zu Zugeständnissen gegenüber den anderen Partnern bereit: Insbesondere akzeptierte der Quai d'Orsay am 15. Januar 1962 einen modifizierten Vertragsentwurf, der ein ausdrückliches Bekenntnis zur Atlantischen Allianz enthielt.<sup>92</sup> Genau dies ging aber dem Staatspräsidenten zu weit: Am 17. Januar versagte er dem Entwurf seine Zustimmung und verlangte, dass die Bezugnahme auf die NATO und auf die Römischen Verträge gestrichen werden sollte. Außerdem sollte eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und damit ein Bereich, der bereits Aufgabe der bestehenden Europäischen Gemeinschaften war, als weiteres Ziel der EPU aufgeführt werden.

Der nach den Vorstellungen de Gaulles überarbeitete Entwurf ("Fouchet-Plan II")<sup>93</sup> wurde am 18. Januar 1962 von der französischen Verhandlungsdelegation vorgelegt. In den Augen der EWG-Partner stellte dieser im Verhältnis zu dem ursprünglichen Entwurf einen bedeutenden Rückschritt dar; sie machten daher auch gleich deutlich, dass sie der neuen Fassung nicht zustimmen würden und forderten Nachbesserungen.<sup>94</sup>

Bei einem Treffen zwischen Adenauer und de Gaulle am 15. Februar 1962 in Baden-Baden<sup>95</sup> gelang es dem Bundeskanzler, seinen Gesprächspartner dahingehend zu beeinflussen, dass er bereit war, die Formulierungen des Vertragsentwurfs noch einmal abzuändern: "In der Frage der

91 Georges-Henri Soutou, Le général de Gaulle et le plan Fouchet, in: Institut Charles de Gaulle (Hg.), De Gaulle en son siècle, Band 5, S. 126 - 143, hier: S. 135.

92 Ebd., S. 137.

93 Europa-Archiv, Folge 19 / 1964, S. D 466 - 485; Koopmann, Das schwierige Bündnis, a.a.O., S.168 - 171.

94 Mitteilung des Außenministers Couve de Murville an die französischen Gesandten vom 20. Januar 1962 (M. Couve de Murville, Ministre des Affaires étrangères, aux représentants diplomatiques de la France à Bonn, Rome, La Haye, Bruxelles (Ambassade), Luxembourg, Copenhague, Londres, Washington, Bruxelles (DELFRA) (DDF 1962, Tome I, document 17, S. 36 - 39).

95 Entretiens du général de Gaulle et du chancelier Adenauer à Baden-Baden (15 février 1962) (DDF 1962, Tome I, document 55, S. 157 - 170); Treffen mit de Gaulle in Baden-Baden am 15. Februar 1962 (Adenauer, Erinnerungen 1959 - 1963, a.a.O., S. 136 - 150).



bestehenden Gemeinschaften sei man sich einig, dass man die Bezugnahme auf die Gemeinschaften nicht aus dem Vertrag streichen wolle, sondern dass diese Gemeinschaften in ihrer Existenz und ihrer Funktion aufrechterhalten werden. [...] Hinsichtlich des atlantischen Bündnisses müsse man an geeigneter Stelle sagen, dass es bestehe, dass man es selbstverständlich wolle, ohne aber irgendwie anklingen zu lassen, dass man die bisherige Organisation als definitiv erachte oder dass die politische Union ein Element dieser Organisation sei.<sup>196</sup> De Gaulles konziliante Haltung kennzeichnete den Verlauf des gesamten Gesprächs. Im Hinblick auf die europäische Union stellte er heraus, dass dies "vor allem Frankreich und Deutschland"<sup>197</sup> betreffe. Diese Vorreiterrolle der beiden Staaten sollte sich nach den Vorstellungen des Generals auch auf die Organisation des deutsch-französischen Verhältnisses beziehen: "Er, de Gaulle, frage sich, ob Frankreich und Deutschland ihre Kontakte nicht so organisieren könnten, dass jedesmal, wenn sich eine Frage stelle, diese beiden Länder gemeinsam antworteten. Er wisse sehr wohl, dass man damit vielleicht in eine Richtung gebracht werden könnte, die nicht genau der bis jetzt verfolgten europäischen Linie entspreche, aber er frage, ob eine andere Möglichkeit bestehe."<sup>198</sup> Zu diesen Überlegungen erklärte Adenauer, er "würde es begrüßen, wenn Frankreich und die Bundesrepublik in gewissen sehr wesentlichen Fragen gemeinsam handelten, da dies zweifellos einen entsprechenden Einfluß auf Moskau, Washington, London nicht verfehlen würde."<sup>199</sup>

Zunächst wurde jedoch weiterhin versucht, den Vertrag über die Europäische Politische Union möglichst rasch zur Unterschriftsreife zu bringen: Ein weiterer Schritt hierzu war das Treffen zwischen Staatspräsident de Gaulle und Ministerpräsident Fanfani am 4. April 1962 in Turin,<sup>100</sup> wo eine Einigung über diverse Kompromissformulierungen erzielt wur-

96 Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 150.

97 Ebd., S. 148.

98 Ebd., S. 138 f.

99 Ebd., S. 140.

100 Entretiens entre le général de Gaulle et M. Fanfani, à Turin, le 4 avril 1962 (DDF 1962, Tome I, document 118, S. 381 – 398).

101 Insbesondere sollte die Wirtschaft nicht mehr als gemeinsame Aufgabe des Bundes aufgeführt und in einer Erklärung die Vereinbarkeit der Europäischen Politischen Union mit dem nordatlantischen Bündnis herausgestellt werden. Ministerpräsident Fanfani unterrichtete Adenauer am 7. April in Cadenabbia über die Ergebnisse der Gespräche (Bulletin Nr. 69 vom 7. April 1962, S. 581; Horst Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...". Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986, S. 115).

de.<sup>101</sup> Die Perspektiven für den Vertragsentwurf erschienen somit recht erfolgversprechend, als am 17. April 1962 die Außenminister der sechs EWG-Staaten in Paris zu einer Konferenz zur Beratung des Entwurfs zusammentraten. Bei dieser Konferenz überraschten dann der belgische Außenminister Spaak und sein niederländischer Amtskollege Luns ihre Amtskollegen mit der Forderung, dass Großbritannien sofort in die laufenden Verhandlungen zur Europäischen Politischen Union einbezogen werden solle.<sup>102</sup> Die Planungen wurden sodann bis auf weiteres vertagt und die Fouchet-Pläne waren de facto gescheitert.<sup>103</sup> Zwar warb de Gaulle auf einer Pressekonferenz am 15. Mai 1962 nochmals für die Idee einer organisierten Zusammenarbeit der EWG-Staaten, da "zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein anderes Europa möglich" sei;<sup>104</sup> insgesamt scheint in seinen Überlegungen aber eine Einigung aller sechs Staaten nur noch "eine sehr untergeordnete Rolle"<sup>105</sup> gespielt zu haben.

Bundeskanzler Adenauer hegte zu dieser Zeit ähnliche Gedanken.<sup>106</sup> Von den Versuchen des neuen Vorsitzenden der Studienkommission Cat-

102 Zum Geschehen auf der Pariser Konferenz vgl. auch das Rundschreiben des Quai d'Orsay vom 24. April 1962 an die französischen Botschaften in Brüssel, Rom, Bonn, Den Haag und Luxemburg (DDF 1962, Tome I, document 132, S. 433 – 436).

103 Georges-Henri Soutou vermutet, dass für das Vorgehen der Niederlande und Belgiens vor allem die Sorge vor einer deutsch-französischen "Achse" ausschlaggebend war (Georges-Henri Soutou, 1961: le plan Fouchet, in: Espoir 87 (1992), S. 40 – 54, hier: S. 53).

104 Pressekonferenz vom 15. Mai 1962: Charles de Gaulle, Discours et Messages, Band III: Avec le renouveau. Mai 1958 – Juillet 1962, Paris 1970, S. 409 ff.

Auf der gleichen Pressekonferenz unterstrich de Gaulle allerdings den souveränen politischen Anspruch Frankreichs, indem er unter anderem von der Möglichkeit sprach, alle französischen Truppen aus der NATO herauszulösen, und sich zu weltpolitischen Problemen äußerte. Dabei bezeichnete er die Deutschland-Frage als das "brennendste Weltproblem", stellte andererseits jedoch klar, dass er keiner Veränderung des derzeitigen status quo zustimmen werde. Das selbstbewußte Auftreten de Gaulles läßt sich u.a. sicherlich damit erklären, dass die Franzosen im April 1962 dem Referendum über das Evian-Abkommen mit über 90 Prozent zugestimmt hatten. "Für Frankreich [...] lichtete sich langsam der durch das Algeriendrama verhängte Horizont, wodurch seine Unternehmens- und Handlungsfreiheit wuchs und die Notwendigkeit sichtbar wurde, dem französischen Volk neue Perspektiven zu eröffnen" (Maurice Couve de Murville, Außenpolitik 1958 – 1969, München 1973, S. 200).

105 Mirow, Die europapolitischen Konzeptionen de Gaulles, a.a.O., S. 396.

106 Am 20. April 1962 notierte Adenauer: "Nachdem durch die Briten die Belgier und Holländer gegen die politische Europäische Union, die von Anfang an überhaupt das Ziel der europäischen Maßnahmen war, aufgeputscht worden sind, bleibt nur der Block Frankreich und Deutschland –hoffentlich unter Teilnahme Italiens und Luxemburgs– übrig" (zitiert nach: Schwarz, Adenauer, Der Staatsmann, a.a.O., S. 747).



tani<sup>107</sup>, doch noch eine europäische Einigung über die politische Union herbeizuführen, hielt er offensichtlich wenig.<sup>108</sup> Somit war es nur eine logische Konsequenz, dass nun auch bei ihm wieder die Idee einer deutsch-französischen "Entente" Gestalt gewann, zumal de Gaulle ihn bereits am 26. April zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Frankreich eingeladen hatte.<sup>109</sup> Der Leiter des Außenpolitischen Büros im Kanzleramt Horst Osterheld notierte am 31. Mai 1962 in sein Tagebuch: "Ich habe das Gefühl, dass der Bundeskanzler bei der bevorstehenden Reise durch Frankreich mit de Gaulle besprechen wird, wie man die politische Union notfalls im kleineren Rahmen voranbringen kann. Dieses Thema beschäftigt ihn jedenfalls stark."<sup>110</sup>

107 Der Generalsekretär im italienischen Außenministerium Attilio Cattani war am 5. April 1962 neuer Vorsitzender der Studienkommission und damit Nachfolger Christian Fouchets geworden.

108 Bei einer Unterhaltung mit Cattani im Bundeskanzleramt am 30. Mai 1962 ließ Adenauer keinen Zweifel daran, dass er wenig Zutrauen zu den Konzeptionen des Italieners habe (Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 120).

109 "Der Fehlschlag hatte wenigstens ein Gutes zur Folge: die Solidität dessen, was man jetzt das deutsch-französische Zweigespann zu bezeichnen begann." (Maillard, De Gaulle und Deutschland, a.a.O., S. 253).

110 Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 120.

#### 4. Der "deutsch-französische Sommer" 1962

Adenauer war offensichtlich gewillt, sein Ziel, nun wenigstens eine entscheidende deutsch-französische Annäherung zu verwirklichen, auch im Konflikt mit dem Auswärtigen Amt durchzusetzen, wo sich unter Außenminister Schröder eine neue Gruppe von Mitarbeitern etabliert hatte, die den außenpolitischen Kurs des Kanzlers nicht ohne weiteres zu unterstützen schienen.<sup>111</sup> Die Aktivitäten, welche man fast als "Geheimdiplomatie des Kanzleramts" bezeichnen könnte, begannen damit, dass Adenauer am 7. Juni 1962 Horst Osterheld mit einem persönlichen Schreiben an de Gaulle nach Paris schickte, ohne dass das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft davon unterrichtet wurden.<sup>112</sup> Im Hinblick auf seinen bevorstehenden Staatsbesuch in Frankreich wollte der Bundeskanzler nochmals seine europapolitischen Positionen verdeutlichen: "Er, Adenauer, wolle nämlich nicht, dass [...] sich das ganze Commonwealth eng an Europa schließe. [...] Der Kanzler meinte, dass die Engländer, wenn sie den wirtschaftlichen Gemeinschaften beiträten, die politische vielleicht gar nicht wollten. Die englische Wirtschaft fordere den Beitritt hauptsächlich, um einen riesigen Markt zu bekommen. Da sei zu bedenken, dass die deutsche Industrie nicht mehr auf allen Gebieten auf der Höhe sei und dass er, Adenauer, auch an sie denken müsse. Vor allem aber gehe es ihm um Frankreich; er wolle es fest an Deutschland binden, schon allein damit es nie mit Rußland zusammengehe, eventuell gegen

111 Zu einer ersten Auseinandersetzung zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem früheren Außenminister Brentano einerseits und dem Auswärtigen Amt andererseits kam es im Mai 1962 im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines Papiers, welches als Reaktion auf das amerikanische Positionspapier für die Gespräche mit der Sowjetunion in Bonn dienen sollte (Conze, Die gaullistische Herausforderung, a.a.O., S. 224 f.). Das Auswärtige Amt, welches die Stellungnahme letztlich formulierte, machte den Amerikanern hierbei nach der Meinung des Kanzleramts zu viele Zugeständnisse (Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 118). Während der NATO-Tagung in Athen im Mai 1962 ließ Außenminister Schröder gegenüber seinem amerikanischen Amtskollegen Dean Rusk erkennen, dass er die Fortsetzung der sowjetisch-amerikanischen Gespräche befürworte und empfahl sich der amerikanischen Führung als "Atlantiker" (Adrian W. Schertz, Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons. Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung, Köln /Weimar /Wien 1992, S. 149). Zu dieser Zeit scheint bereits ein innenpolitischer Machtkampf um die Nachfolge Adenauers entbrannt zu sein, was sich auch an einer Bemerkung ablesen läßt, die ein ranghoher Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes in jenen Tagen gegenüber Horst Osterheld gemacht haben soll: "Die neuen Leute denken vorwiegend innenpolitisch. Die Außenpolitik geht ihnen kaum unter die Haut" (Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 118).

112 Ebd., S. 122.



uns.<sup>113</sup> Gegenüber Paul Reynaud wurde Adenauer am 9. Juni hinsichtlich seiner ökonomischen Bedenken noch konkreter und betonte, dass ein britischer EWG-Beitritt speziell für die deutsche Kohle- und Stahlindustrie negative Auswirkungen haben würde.<sup>114</sup>

Eine direkte Konfrontation mit den Vereinigten Staaten wollte der Bundeskanzler unter allen Umständen vermeiden.<sup>115</sup> In einem Interview mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der United Press International Frank H. Bartholomew gab er am 11. Juni "seiner festen Überzeugung Ausdruck [...], dass eine enge Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich in keiner Weise gegen die Vereinigten Staaten und die atlantische Gemeinschaft gerichtet, sondern sogar in ihrem Interesse sei."<sup>116</sup> Wohl im Hinblick auf den Besuch des amerikanischen Außenministers Dean Rusk, welcher am 21. und 22. Juni zu Gesprächen in Bonn erwartet wurde, betonte Adenauer außerdem, dass es für die bundesdeutsche Politik keine Wahl zwischen der Politik des französischen Staatspräsidenten und der Politik der Regierung Kennedy gebe.

Am 13. Juni kam es im Bonner Kanzleramt zu einer Begegnung zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem Pariser Botschafter Herbert Blankenhorn: "Blankenhorn warnte den Kanzler davor, sich von de Gaulle für eine Achse Paris-Bonn einfangen zu lassen. Es bestehe die Gefahr, dass de Gaulle einen Freundschaftspakt anbiete. Das sei aber nicht gut. Wir hätten in der Geschichte schon häufiger das Pech gehabt, schwache Verbündete zu haben, auch 1914 und 1939. Das dürfe nicht wieder passieren. Für uns sei nur das Europa der sechs gut. Der Bundeskanzler entgegnete, dass er das deutsche Volk festbinden müsse. Es sei nicht so, dass man sicher sein könne, dass es nicht plötzlich doch mit Rußland gehe und zwischen den Blöcken tanze. Wir seien politisch unklug, wir seien politische Träumer. Außerdem seien wir bequem geworden. Er wolle

113 Ebd., S. 122 f.

114 Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 752 f.

115 Es zeichneten sich allerdings, nachdem das State Department der Bundesregierung Anfang April ein Positionspapier zu den Berlin-Verhandlungen mit der Sowjetunion hatte zukommen lassen, dessen Inhalte der Bundeskanzler fundamental ablehnte, in den persönlichen Beziehungen zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem deutschen Regierungschef Gegensätze ab, "die das Verhältnis Adenauer - Kennedy irreparabel beschädigten und die entscheidend zur Stärkung der Achse Paris - Bonn bis hin zum Elysée-Vertrag im Januar 1963 - beitrugen" (Conze, Die gaullistische Herausforderung, a.a.O., S. 224).

116 Interview von Frank H. Bartholomew mit Bundeskanzler Dr. Adenauer am 11. Juni 1962 in Bonn (StBKAH, Reden, Interviews, Aufsätze 1962).

das deutsche Volk sichern und einbauen. Wir seien in der Welt sehr unbeliebt, bei unseren Nachbarn, aber auch bei anderen Völkern. Er schilderte dann ausführlich seine Befürchtungen, wie sich die Dinge in Amerika entwickeln könnten, in Großbritannien, in Europa mit zwei mächtigen kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien, und was der Ostblock noch machen könnte. Die deutsch-französische Verständigung, die von Volk zu Volk, sei eine große Sache. Sie müssten so fest miteinander verbunden werden, dass keine deutsche und keine französische Regierung die Bande wieder zerreißen oder sie wenigstens nicht leicht zerreißen könne.<sup>117</sup> Dem hielt Blankenhorn entgegen, Adenauer sei "der letzte, an den alle glauben"; er dürfe sich daher nicht mit einem "Klein-Europa [...], mit Italien und Frankreich oder nur mit Frankreich" zufriedengeben, sondern müsse "es zu sechst noch einmal versuchen".<sup>118</sup>

Die Ansicht, dass enge deutsch-französische Beziehungen beide Staaten aneinander binden und somit ein Ausgleich mit der Sowjetunion zu Lasten des anderen für jedes der beiden Länder verhindert werde, war bei den Gesprächen mit Dean Rusk am 21. und 22. Juni in Bonn auch das zentrale Argument Adenauers.<sup>119</sup> Rusk war bei den Unterredungen sehr bemüht, das vor allem im Verlauf der Berlin-Krise beschädigte deutsch-amerikanische Vertrauensverhältnis zu verbessern, wobei er betonte, "dass es den USA nicht darum zu tun sei, die deutsch-französischen Beziehungen zu stören, dass aber die französische Politik nicht Spannungen innerhalb der freien Welt schaffen dürfe" und "dass nach amerikanischer Auffassung Großbritannien zu Europa gehören müsse".<sup>120</sup> Adenauer zeigte sich aber dennoch entschlossen, auch weiterhin den Weg der deutsch-französischen Annäherung zu beschreiten und sagte Rusk lediglich zu, ihn nach seiner Frankreich-Reise ausführlich schriftlich über die Ergebnisse zu informieren.<sup>121</sup> Als am 28. Juni der italienische Ministerpräsident Fanfani noch einmal eine Initiative startete, um die EPU-Verhandlungen mit einer Konferenz in Rom wieder in Gang zu bringen,<sup>122</sup> stimmte

117 Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 127.

118 Ebd., S. 127.

119 Conze, Die gaullistische Herausforderung, a.a.O., S. 238 - 240, hier: S. 239.

120 Ebd., S. 238.

121 So die Darstellung Adenauers gegenüber de Gaulle während der Elysée-Konferenz am 21. Januar 1963 (Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 308 f.).

122 Soutou, Le général de Gaulle et le plan Fouchet, a.a.O., S. 139.



Adenauer, ebenso wie de Gaulle, diesem Vorschlag zwar zu,<sup>123</sup> der Wille, eine Einigung der Sechs um jeden Preis zu erzielen, war indessen, weder bei Adenauer, noch bei de Gaulle mit letzter Konsequenz vorhanden, vielmehr schien die Möglichkeit eines deutsch-französischen Vorangehens sehr viel wahrscheinlicher.

Adenauers Staatsbesuch in Frankreich vom 2. bis 8. Juli 1962 wurde zu einer sichtbaren Demonstration des guten deutsch-französischen Verhältnisses.<sup>124</sup> "Nie vorher und danach in der Geschichte der Bundesrepublik ist die Kraft geschichtlicher Erinnerungen und Bilder so souverän eingesetzt worden, um die Öffentlichkeit für eine außenpolitische Grundorientierung zu gewinnen."<sup>125</sup> Das Besuchsprotokoll sah neben den Gesprächen und Empfängen in Paris auch eine Reise in die französische Provinz nach Rouen, Bordeaux und nach Reims vor, wo, am Ort der deutschen Kapitulation von 1945, der deutsche Bundeskanzler und der französische Staatspräsident eine gemeinsame Messe in der Kathedrale, der Krönungskirche der französischen Könige feierten. Die Gespräche zwischen Adenauer und de Gaulle verliefen in bestem Einvernehmen. Insbesondere bei einer Unterredung am 4. Juli sprachen die beiden Staatsmänner tiefgehend über das deutsch-französische Verhältnis. Dabei regte der Bundeskanzler an, dass eine "Konsultationsvereinbarung" zwischen beiden Regierungen geschlossen werden solle, damit insbesondere die Politik gegenüber der kommunistischen Bedrohung organisiert und aufeinander abgestimmt werden könne.<sup>126</sup> Konkret wolle er "zunächst einmal anfangen mit einer Konsultation zwischen ihm, de Gaulle, und mir, ohne dass dabei schon Diplomaten hinzugezogen würden. Die Konsultationen müßten dann je nach Lage der Dinge auf eine breitere Basis übergeleitet werden."<sup>127</sup> Der Gedanke, dass er mit einem solchen Konsultationsarran-

123 Adenauer verlangte jedoch, um eine Mitwirkung von Bundesaußenminister Schröder zu verhindern, eine Konferenz der Regierungschefs, worauf er sich mit de Gaulle am 5. Juli auch verständigte (Entretiens franco-allemands de Paris (3-5 juillet 1962) (DDF 1962, Tome II, document 4, S. 9 - 45, hier: S. 36).

124 Adenauer, *Erinnerungen 1959 - 1963*, a.a.O., S. 158 - 174; Kusterer, *Der Kanzler und der General*, a.a.O., S. 210 - 249; Maillard, *De Gaulle und Deutschland*, a.a.O., S. 221 f.; Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 130 - 134; Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, a.a.O., S. 757 - 764; ders., *Die Ära Adenauer 1957 - 1963*, a.a.O., S. 254 - 259; Ziebur, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945*, a.a.O., S. 163.

125 Schwarz, *Die Ära Adenauer 1957 - 1963*, a.a.O., S. 259.

126 Adenauer, *Erinnerungen 1959 - 1963*, a.a.O., S. 168; Kusterer, *Der Kanzler und der General*, a.a.O., S. 232; Couve de Murville, *Außenpolitik*, a.a.O., S. 208 f.

127 Adenauer, *Erinnerungen 1959 - 1963*, a.a.O., S. 168.

gement auch "seinen potentiellen Nachfolgern [...] ein deutsch-französisches Abkommen als verpflichtendes Erbe [...] hinterlassen" würde,<sup>128</sup> liegt angesichts der immer wieder von Adenauer in diesem Sinne gemachten Äußerungen nahe.<sup>129</sup>

Am folgenden Tag kam der Bundeskanzler nochmals auf den Gedanken einer Konsultationsvereinbarung zu sprechen und ergänzte ihn mit dem Hinweis, "dass es wünschenswert sei, wenn die französischen und die deutschen Vertreter in den Verhandlungen über den britischen Beitritt zur EWG engen Kontakt hielten"<sup>130</sup>. Im Hinblick auf den Fortgang der europäischen politischen Zusammenarbeit vereinbarten Adenauer und de Gaulle, Fanfanis Vorschlag vom 28. Juni aufzugreifen und die Einberufung einer Konferenz der sechs Regierungschefs nach Rom zu unterstützen.<sup>131</sup> In diesem Zusammenhang stellte de Gaulle seinem Gegenüber eine entscheidende Frage: "Je voudrais vous poser une question directe et très importante. Si M. Fanfani convoque la conférence et qu'elle n'aboutisse pas à des résultats parce que les Italiens ou d'autres diront que rien n'est possible sans la Grande-Bretagne, la République fédérale accepterait-elle de conclure avec la France une Union politique qui serait, en fait, et par la force des choses, limitée à deux?"<sup>132</sup> "«Wir werden sicher drei sein» meinte Adenauer, «denn Luxemburg wird mitmachen.» Aber de Gaulle ließ nicht locker: "Auch die anderen werden auf die Dauer wohl mitmachen; aber ich frage noch einmal, und es ist für Frankreich eine sehr wichtige Frage: «Sind Sie bereit, wenn es sein muß, auch zu zweit zusammenzuarbeiten?»" Der Bundeskanzler sagte: «Ja.» Schröder und die anderen deutschen Teilnehmer empfanden diese Äußerung als sensationell.<sup>133</sup>

Die Öffentlichkeit erfuhr jedoch vorerst nichts von Adenauers Zusage, den Weg der europäischen Einigung notfalls zunächst nur mit Frankreich

128 Linsel, *Charles de Gaulle und Deutschland*, a.a.O., S. 212; vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1959 - 1963*, a.a.O., S. 168.

129 So beispielsweise -wie bereits erwähnt- am 1. Dezember 1959 (Adenauer, *Erinnerungen 1959 - 1963*, a.a.O., S. 15).

130 Ebd., S. 172.

131 Entretiens franco-allemands de Paris (3-5 juillet 1962) (DDF 1962, Tome II, document 4, S. 9 - 45, hier: S. 36).

132 Soutou, *Le général de Gaulle et le plan Fouchet*, a.a.O., S. 139; Koopmann, *Das schwierige Bündnis*, a.a.O., S. 182 f.

133 Osterheld, *Ich gehe nicht leichten Herzens...*, a.a.O., S. 132.



zu beschreiten.<sup>134</sup> Der Bundeskanzler stellte zwar gleich in der Pressekonferenz<sup>135</sup> nach seiner Rückkehr aus Frankreich die "enge Verbundenheit der beiden Länder" heraus, die nun zu "einer engen Verbundenheit der Völker" führen solle, vermied jedoch jeden Hinweis auf eine exklusive Bindung an Frankreich und betonte, dass sich die Pariser "Gespräche [...] gegen niemanden in der Welt gerichtet" hätten. Die Frage, ob die deutsch-französische Verständigung als eine Initialzündung für eine künftige europäische Einigung zu verstehen sei, wie es de Gaulle in seinem Dankschreiben an Adenauer vom 15. Juli formuliert hatte,<sup>136</sup> oder ob ein sehr enges deutsch-französisches Zusammenrücken die europäische Integration eher behindere, wurde jedoch innerhalb der Bundesregierung mehr und mehr zu einem zentralen Streitpunkt; der Machtkampf innerhalb der Union spitzte sich zu, und fokussierte sich vor allem in den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt.<sup>138</sup>

Vor diesem Hintergrund gestalteten sich die Vorbereitungen für den während der Pariser Gespräche vereinbarten Gegenbesuch<sup>139</sup> de Gaulles in der Bundesrepublik, der vom 4. bis 9. September stattfinden sollte, schwierig: Das Auswärtige Amt arbeitete im August ein Grundsatzpapier

134 Adenauer ließ diese entscheidende Aussage in seinen Erinnerungen unerwähnt, obgleich sie eine wesentliche Voraussetzung für das Zustandekommen des Elysée-Vertrages war – Per Fischer bezeichnete sie später beispielsweise als die eigentliche "Geburtsstunde des späteren Vertrages" (Fischer, *Der diplomatische Prozeß der Entstehung des deutsch-französischen Vertrages von 1963*, a.a.O., S. 106).

135 Pressekonferenz mit Bundeskanzler Dr. Adenauer am 10. Juli 1962 (StBKAH, Reden, Interviews, Aufsätze 1962).

136 Schreiben de Gaulles an Adenauer vom 15. Juli 1962 (Charles de Gaulle, *Lettres, Notes et Carnets*, Band IX: Janvier 1961 – Décembre 1963, Paris 1986, S. 248 f.).

137 Schwarz, Adenauer. *Der Staatsmann*, a.a.O., S. 763 f.

138 "Die internen Meinungsverschiedenheiten entwickelten sich zu einer Belastung unserer auswärtigen Politik. Das ging bis ins technische Detail. So stellte sich heraus, dass das Auswärtige Amt dem Bundeskanzler nicht mehr alle wichtigen Telegramme unserer Auslandsbotschaften zuleitete. Hinzu kam, dass der Kanzler den Eindruck gewann, dass hohe Vertreter des Auswärtigen Amtes die Schwierigkeiten, die der Beitritt Großbritanniens für uns bringen würde, verharmlosten. Das bewog ihn, für den inneren Gebrauch eine mehrseitige Aufzeichnung über diese Schwierigkeiten zu diktieren, was selten geschah. Dabei nannte er zusätzlich zu den obenstehenden Punkten noch die Unklarheit über das Stimmenverhältnis in den Gemeinschaften und forderte eine Prüfung, wie die Ausweitung der Gemeinschaften auf elf oder zwölf Staaten sie politisch verändern und die Beschlußfassung erschweren würde. Dabei sei auch zu bedenken, dass zwischen den vier größten Mitgliedern Rivalitäten entstünden, die es bisher nicht gäbe und die absolut notwendige Solidarität mit Frankreich stören würden" (Osterheld, *Ich gehe nicht leichten Herzens...*, a.a.O., S. 139).

139 Adenauer, *Erinnerungen 1959 – 1963*, a.a.O., S. 174.

zum deutsch-französischen Verhältnis aus, in welchem die Erwägung, "dass ein Alleingang einer deutschen oder französischen Regierung zu Paktversuchen mit Sowjet-Rußland unmöglich gemacht"<sup>140</sup> werden sollte, als ein wesentliches Ziel der deutsch-französischen Verständigung betont wurde. Diesen Gedanken hatte auch Bundeskanzler Adenauer nach seinem Staatsbesuch zum wiederholten Male geäußert.<sup>141</sup> Dass Adenauer und de Gaulle jedoch wesentlich mehr planten, blieb den Mitarbeitern in beiden Ländern nicht unverborgen: So warnte der Pariser Botschafter Blankenhorn Bundesaußenminister Schröder davor, dass de Gaulle seinen Deutschlandbesuch zur "psychologischen Vorbereitung der Durchführung seiner Idee eines deutsch-französischen Bündnisses"<sup>142</sup> nützen wolle. Als Reaktion auf derartige Befürchtungen wurde von seiten der Gegner einer solch engen Zusammenarbeit offenbar der Versuch unternommen, "das Ereignis möglichst auf die Ebene eines mehr oder weniger x-beliebigen Staatsbesuchs herunterzuspielen."<sup>143</sup>

Tatsächlich wurde in Paris den Vorbereitungen von de Gaulles Staatsbesuch in Deutschland viel Aufmerksamkeit geschenkt: Bei einer Versammlung der Delegation, die an den politischen Gesprächen in Deutschland teilnehmen sollte, am 31. August wurden die französischen Positionen klar herausgestellt: Die deutsch-französischen Beziehungen sollten im Europa der Zukunft eine herausragende Stellung einnehmen, wie sie einst die "Entente Cordiale" zwischen Frankreich und Großbritannien innehatte.<sup>144</sup> Außenminister Couve de Murville ließ unterdessen einen Entwurf für ein französisches Memorandum ausarbeiten, welches bereits regelmäßige Treffen zwischen den Regierungen, die sich auch auf die Beamtenebene der beteiligten Ministerien erstrecken sollten, vorsah.<sup>145</sup> In

140 Aufzeichnung von Josef Jansen vom 23. August 1962 (ACDP, Nachlaß Alois Mertens, I-403-021 /2).

141 Auf der Pressekonferenz am 10. Juli stellte Adenauer fest, dass es eine zentrale Aufgabe seiner Politik sei, dass "niemals die Regierung eines der beiden Länder überhaupt auf den Gedanken kommen kann, einen Vertrag oder sei es sonst immer was es sei, mit Sowjetrußland zu schließen gegen das andere Land" (StBKAH, Reden, Interviews, Aufsätze 1962: Pressekonferenz mit Bundeskanzler Dr. Adenauer am 10. Juli 1962, S. 6).

142 Schreiben Blankenhorns an Bundesaußenminister Schröder vom 2. August 1962, zitiert nach: Schwarz, Adenauer. *Der Staatsmann*, a.a.O., S. 764.

143 Kusterer, *Der Kanzler und der General*, a.a.O., S. 252.

144 Linsel, *Charles de Gaulle und Deutschland 1914 – 1969*, a.a.O., S. 200 f.

145 Bei de Gaulles Staatsbesuch wurde dieses Memorandum aber noch nicht der deutschen Seite überreicht; es bildete jedoch die Grundlage für das französische Memorandum vom 19. September 1962 (Georges-Henri Soutou, *L'alliance incertaine: les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954 – 1996*, Paris 1996, S. 241).



einem Vermerk vom 1. September forderte Erziehungsminister Sudreau darüber hinaus auch eine Vertiefung der kulturpolitischen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten.<sup>146</sup>

De Gaulles triumphaler Staatsbesuch vom 4. bis 9. September bildete den glanzvollen Höhe- und Endpunkt der intensiven deutsch-französischen Annäherung des Sommers 1962:<sup>147</sup> Bereits bei seiner Tischrede<sup>148</sup> anlässlich des Staatsempfangs auf Schloß Augustsburg in Brühl am Abend des 4. September sprach de Gaulle den angestrebten "Zusammenschluß"<sup>149</sup> zwischen Deutschland und Frankreich an, der sich einerseits gegen die sowjetische Bedrohung richten und andererseits das Fundament für eine "internationale Verständigung" bilden sollte, die es langfristig ganz Europa, "vom Atlantik bis zum Ural", gestatten würde, Freiheit und Frieden zu finden. Die beiden Länder sollten deswegen nunmehr, da sie sich über das Prinzip der europäischen Zusammenarbeit einig seien, ohne Zögern vorangehen.

Am nächsten Morgen kam es zu einem ausführlichen Vier-Augen-Gespräch zwischen dem Staatspräsidenten und dem Bundeskanzler.<sup>150</sup> Adenauer betonte hierbei, dass de Gaulles Rede ihn "mit großer Freude und tiefer Dankbarkeit erfüllt"<sup>151</sup> hätte, da er darin Gedanken geäußert habe, die auch seinen Ansichten entsprechen würden. Im Hinblick auf

146 Le Ministre de l'Éducation nationale: Note à l'attention de M. le Ministre des Affaires Étrangères vom 1. September 1962 (MAE, Europe 1961 – 1965, République fédérale d'Allemagne, Bd. 1578).

147 Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 177 – 184; Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 250 – 290; Maillard, De Gaulle und Deutschland, a.a.O., S. 222 – 228; Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 139 – 144; Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 765 – 769; ders., Die Ära Adenauer 1957 – 1963, a.a.O., S. 259 – 261; Ziebur, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, a.a.O., S. 163 f.

148 Charles de Gaulle, Discours et Messages, Band IV: Pour l'effort. Août 1962 – Décembre 1965, Paris 1970, S. 2 – 18; Bulletin Nr. 165 vom 6. September 1965, S. 1402 f.; Europa-Archiv, Folge 19 / 1962, S. D 455 f.; Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 255 – 257.

149 So die offizielle Übersetzung im Bulletin der Bundesregierung und im Europa-Archiv. Hermann Kusterer verweist in seinen Memoiren darauf, dass er auf Anweisung von Staatssekretär Carstens den von de Gaulle verwendeten Begriff "union" mit Zusammenschluß übersetzen mußte (Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 254); er macht jedoch aus seiner Ablehnung dieser Übersetzung keinen Hehl: "Muß ich auch "Zusammenschluß" sagen für "union", so sage ich es mit so viel Tiefe und Ton in der Stimme, schreie es (in meiner Qual) fast hinaus, so dass ein jeder merkt, was gemeint ist" (ebd., S. 257). In seiner Wiedergabe der Rede de Gaulles verwendet Kusterer konsequenterweise auch die Übersetzung "Union" (ebd., S. 255 – 257).

150 Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 177 – 184; Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 258 – 264; Comptes rendus – Visite du général de Gaulle en Allemagne – Entretiens du général (4–6 septembre 1962): DDF 1962, Tome II, document 67, S. 172 – 184.

151 Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 177.

das deutsch-französische Verhältnis sprach er sich für eine "präzise und feste Abmachung zwischen Frankreich und Deutschland [aus], die diese beiden Völker dauerhaft verbinde und eine konsequente und abgestimmte Politik, vor allem hinsichtlich des Ostens, ermögliche"<sup>152</sup> Es sei "die Pflicht Frankreichs und Deutschlands [mit der europäischen Einigung] fortzufahren", und er "sei überzeugt, dass die anderen, die guten Willens seien, folgen würden. Was die britische Frage anbelange, so solle man ruhig abwarten."<sup>153</sup> Auf den Einwand de Gaulles, wie er sich diese bilaterale Übereinkunft vorstelle "ohne die Idee der Sechs aufzugeben und ohne die Möglichkeit eines englischen Hinzukommens auszuschließen"<sup>154</sup>, entgegnete Adenauer: "Frankreich und Deutschland sollten zu einem Abkommen gelangen, das zwar nicht an die große Glocke gehängt zu werden brauche, das aber in der Praxis funktioniere. Das Weitere müsse man sich dann entwickeln lassen."<sup>155</sup> Zunächst schlug er de Gaulle ein "Gentlemen's Agreement" vor, "damit in der Zukunft der [...] begonnene Weg weitergegangen werde".<sup>156</sup>

Hierzu äußerte de Gaulle, er sei ebenfalls der Meinung, "dass es nicht notwendig sei, einen feierlichen Vertrag zu schließen"<sup>157</sup>; beide "Staaten könnten jedoch etwas Praktisches tun, was sie mit den anderen Staaten nicht tun könnten. Zum Beispiel sollte ihre diplomatische Zusammenarbeit in den Fragen wie Berlin, Ost-West-Verhältnis, Verteidigung, Afrika und Entwicklungspolitik besser organisiert werden [...]"<sup>158</sup>. Auch im Hinblick auf die Verteidigungspolitik sollte man "gemeinsam auftreten", wobei "natürlich [...] das atlantische Bündnis beibehalten werden [müsse]. Aber innerhalb dieses Bündnisses hätten die beiden Staaten eigene Erfordernisse hinsichtlich der Rüstungspläne und hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen ihren Streitkräften."<sup>159</sup> Auch die "Brüderlichkeit zwischen dem französischen und dem deutschen Volk könne man, wenn man wolle, besser organisieren. Zum Beispiel könne man große Treffen

152 Ebd., S. 178.

153 Ebd., S. 178.

154 Ebd., S. 178.

155 Ebd., S. 178 f.

156 Ebd., S. 179.

157 Ebd., S. 179; Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 261.

158 Ebd., S. 179; Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 261.

159 Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 262.



von Jugendlichen veranstalten. [...]. Man könne auch die Beziehungen zwischen den deutschen Universitäten und dem französischen Erziehungssystem besser organisieren. Man könne die Kenntnis der Sprache des anderen Landes besser fördern. Man könne die Äquivalenz der Diplome zwischen beiden Ländern realisieren und die gegenseitige Anerkennung der Fachausbildung. All dies könne man noch besser machen. Das sei eine wahre Politik, wahrscheinlich sogar die wichtigste Politik, die man überhaupt verfolgen könne. Frankreich sei dazu bereit."<sup>160</sup>

Adenauer versicherte seinem Gegenüber, "dass auch Deutschland bereit sei, auf allen Sektoren eine echte Einheit mit Frankreich zu schaffen. Diese Abmachung könnte etwa in einem Briefwechsel oder einer vereinbarten Niederschrift erfolgen. Das sei besser, als sie lediglich mündlich zu halten. Man sollte zum Beispiel ein kleines Komitee einrichten, das die zahlreichen Möglichkeiten untersuchen solle."<sup>161</sup> Er lege jedoch Wert darauf, "etwas schwarz auf weiß zu haben". Was die Form anbelange, müsse man natürlich die Empfindlichkeiten schonen.<sup>162</sup> De Gaulle schlug hierzu eine Lösung vor: "Vielleicht wäre das Beste ein Memorandum oder gemeinsames Protokoll (eventuell verbunden mit einem Briefwechsel), in dem die wesentlichen Themen der Zusammenarbeit festgehalten würden: »organische« Kontakte zwischen den Ministern, insbesondere auch zwischen Strauß und Messmer, den Erziehungsministern, und mit Herzog in der Frage des Jugendaustauschs. Er werde Couve de Murville bitten, dem Bundeskanzler einen Entwurf zuzuschicken."

Nach der Beendigung des Staatsbesuchs, der in der Bundesrepublik bekanntermaßen eine nie zuvor gekannte Euphorie und Begeisterung ausgelöst hatte und an theatralischen Gesten und Inszenierungen den Frankreichbesuch Adenauers noch bei weitem übertraf,<sup>163</sup> wurde tatsächlich in den Außenministerien beider Länder ein kleines Komitee, jeweils unter der Leitung des Direktors der politischen Abteilung, eingesetzt, das die Möglichkeiten der deutsch-französischen Zusammenarbeit untersuchen sollte. Bereits zwei Wochen nach dem Staatsbesuch traf dann in Bonn ein französisches Memorandum ein.

160 Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 179 f.

161 Ebd., S. 180.

162 Ebd., S. 180.

163 Hermann Kusterer überschrieb in seinen Memoiren das Kapitel über den Staatsbesuch bezeichnenderweise mit "Apotheose" (Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 250).

## 5. Das Spätjahr 1962 – "Herbststürme"?

Das Memorandum vom 19. September 1962<sup>164</sup> stellte, wie es de Gaulle in seinem Begleitschreiben an Adenauer vom 20. September 1962<sup>165</sup> formulierte, lediglich eine französische Anregung dar; der endgültige Text sollte dann nach einer deutschen Stellungnahme als Briefwechsel ausgetauscht werden. In dem französischen Entwurf wurden die von de Gaulle am 5. September vorgebrachten Überlegungen zur Organisation der bilateralen Beziehungen aufgegriffen, wobei neben der politischen auch eine militärische Zusammenarbeit vorgesehen war. Außerdem wurden in einem dritten, "Erziehungswesen und Jugendfragen" überschriebenen Abschnitt kulturpolitische Aspekte hervorgehoben, die sich insbesondere auf den Sprachunterricht, die gegenseitige Anerkennung von Diplomen und Abschlüssen und auf den Jugendaustausch bezogen. Die Fortentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen sollte dabei in beiden Regierungen von einer interministeriellen Kommission überwacht werden, die gleichzeitig konkrete Maßnahmen für die zukünftige Gestaltung des Verhältnisses vorschlagen sollte. Auf französischer Seite fand die erste Tagung dieser Kommission unter dem Vorsitz von François Seydoux<sup>166</sup> bereits am 12. Oktober 1962 statt.<sup>166</sup>

Die deutsche Reaktion auf das französische Memorandum ließ unterdessen auf sich warten. Die Verzögerung lag dabei sicherlich unter anderem in der schwierigen innenpolitischen Situation der Bundesregierung begründet: Hatte der französische Botschafter in Bonn Roland de Margerie noch am 16. September 1962 dem Außenminister Couve de Murville berichten können, dass die politische Position Adenauers in Deutschland durch den de-Gaulle-Besuch gestärkt worden sei,<sup>168</sup> so änderte sich die

164 Memorandum der französischen Regierung vom 19. September 1962 (MAE, Europe 1961 – 1965, République fédérale d'Allemagne, Bd. 1574 & Bd. 1598); deutsche Übersetzung: PA AA, B 90, Nr. 411; HStASt, EA 3/505: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Nr. 327/1, Blatt 12 –Anlage; HStAD, Kultusministerium NW 69-314, Blatt 39.

165 Schreiben des Staatspräsidenten de Gaulle an Bundeskanzler Adenauer vom 20. September 1962 (MAE, Europe 1961 – 1965, République fédérale d'Allemagne, Bd. 1574).

166 Seydoux war im Juli 1962 als französischer Botschafter in Bonn abberufen und durch Roland de Margerie ersetzt worden.

167 Sitzungsprotokoll der Interministeriellen Kommission vom 12. Oktober 1962 (MAE, Europe 1961 – 1965, République fédérale d'Allemagne, Bd. 1574 & Bd. 1598).

168 M. Roland de Margerie, Ambassadeur de France à Bonn, à M. Couve de Murville, Ministre des Affaires étrangères (DDF 1962, Tome II, document 80, S. 217 – 219).



Situation in Deutschland kurz danach schlagartig: Am 8. Oktober 1962 erschien im "Spiegel" der Artikel "bedingt abwehrbereit", welcher zum Ausgangspunkt für die bis dahin größte innenpolitische Krise der Bundesrepublik wurde. Für Bundeskanzler Adenauer bedeutete die Spiegel-Affäre einen großen, ja entscheidenden Prestige-Verlust; danach war er "nur noch ein Kanzler auf Zeit"<sup>169</sup>. Hinzu kam, dass die Kuba-Krise die deutsche Außenpolitik im Oktober 1962 so sehr in Atem hielt, dass der Beantwortung des französischen Memorandums nicht die erste Priorität eingeräumt wurde.<sup>170</sup> Aus diesem Grunde schrieb Adenauer de Gaulle zwei "hinhaltende Briefe"<sup>171</sup>; der Staatspräsident zeigte allerdings nicht allzu viel Verständnis und forderte den Bundeskanzler am 26. Oktober mit einiger Ungeduld dazu auf, endlich auf eine rasche deutsche Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen hinzuwirken.<sup>172</sup>

In Frankreich war die politische Situation im Herbst 1962 eine deutlich andere: Nach dem Ende des Algerien-Konflikts war der Präsident innenpolitisch gestärkt,<sup>173</sup> und die Kuba-Krise gab der französischen Regierung die Möglichkeit, allen Befürchtungen und Anfeindungen zum Trotz, "völlig unaufgeregt"<sup>174</sup> ihre Bündnistreue unter Beweis zu stellen: Mit der Erklärung vom 24. Oktober 1962<sup>175</sup> bekannte sich Frankreich zu allen Verpflichtungen des nordatlantischen Bündnisses. Diese Haltung bestätigte de Gaulle nochmals nachdrücklich in einem persönlichen Schreiben an Adenauer vom 26. Oktober.<sup>176</sup> Die Deutschlandpolitik wurde daneben konsequent weitergeführt. Als das deutsche Antwortmemorandum endlich am 12. November 1962 in Paris eintraf, hatte beispielsweise die inter-

169 Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 386.

170 Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 146 – 166.

171 Hans-Peter Schwarz, Präsident de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und die Entstehung des Elysée-Vertrages, in: Wilfried Loth / Robert Picht (Hg.): De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 169 – 179, hier: S. 174.

172 Jacques Bariéty, De Gaulle, Adenauer et la genèse du traité franco-allemand du 22 janvier 1963, in: Revue d'Allemagne 22 (1990), S. 539 – 564, hier: S. 561.

173 Dies zeigte sich unter anderem auch daran, dass die Franzosen Anfang November mit deutlicher Mehrheit der von de Gaulle geforderten Direktwahl des Präsidenten zustimmten.

174 Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 296.

175 Charles de Gaulle, Lettres, Notes et Carnets, Band IX: Janvier 1961 – Décembre 1963, Paris 1986, S. 270.

176 Ebd., S. 270 f.

ministerielle Kommission bereits drei Mal getagt – nach dem 12. Oktober<sup>177</sup> nochmals am 23. Oktober<sup>178</sup> und am 2. November<sup>179</sup>.

Das deutsche Memorandum vom 8. November 1962<sup>180</sup> trug in den Augen der französischen Politik nicht unbedingt zu einer entscheidenden Weiterentwicklung der Beziehungen bei: Neben der einschränkenden Feststellung, dass eine militärische Zusammenarbeit "im Rahmen der NATO" möglich sei, wurden vor allem auch die zurückhaltenden Formulierungen zu den kulturpolitischen Vorschlägen mit einiger Enttäuschung zur Kenntnis genommen. So äußerte François Seydoux während der vierten Sitzung der interministeriellen Kommission am 19. November 1962<sup>181</sup> sein Bedauern darüber, dass die deutsche Antwort die französischen Erwartungen kaum erfülle.<sup>182</sup> Auch die Kulturabteilung des französischen Außenministeriums stellte am 21. November fest, dass sie die deutsche Antwort auf die französischen Vorschläge kaum befriedige.<sup>183</sup>

Am 3. Dezember trafen sich die Leiter der Kulturabteilungen in den beiden Außenministerien Jean Basdevant und Dieter Sattler in Paris. Im Verlauf des Gesprächs machte Sattler den Vorschlag, dass sich im Rahmen des zwischen Frankreich und Deutschland vorgesehenen Konsultationsmechanismus nicht nur die Außenminister, sondern auch monatlich die Leiter der Abteilungen Politik, Wirtschaft und Kultur, vierteljährlich abwechselnd in Paris und Bonn treffen sollten, damit der Meinungsaustausch nicht nur auf Minister-, sondern auch auf Beamtenebene stattfin-

177 Sitzungsprotokoll der Interministeriellen Kommission vom 12. Oktober 1962 (MAE, Europe 1961 – 1965, République fédérale d'Allemagne, Bd. 1574 & Bd. 1598).

178 Sitzungsprotokoll der Interministeriellen Kommission vom 23. Oktober 1962 (MAE, Europe 1961 – 1965, République fédérale d'Allemagne, Bd. 1574).

179 Sitzungsprotokoll der Interministeriellen Kommission vom 2. November 1962 (Ebd.).

180 Memorandum der Bundesregierung vom 8. November 1962 (PA AA, B 90, Nr. 411; HStAst, EA 3/505: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Nr. 327/1, Blatt 12 – Anlage; MAE, Europe 1961 – 1965, République fédérale d'Allemagne, Bd. 1598 – französische Übersetzung).

181 Sitzungsprotokoll der Interministeriellen Kommission vom 19. November 1962 (MAE, Europe 1961 – 1965, République fédérale d'Allemagne, Bd. 1574).

182 "Cette reponse ne va pas au-delà d'une simple manifestation de bonne volonté sur un terrain que nous considérons comme capital." (Ebd.).

183 "La question essentielle posée par notre mémorandum du 19 septembre était celle des "mesures à prendre pour que tout élève allemand ou français des établissements secondaires et techniques puisse choisir le français ou l'allemand comme première langue vivante. La reponse allemande sur ce point ne nous satisfait que partiellement" (Vermerk der Direction Générale des Affaires Culturelles & Techniques vom 21. November 1962 ("Note sur la reponse allemande du 6 [sic!] novembre au mémorandum français sur les questions éducation et jeunesse"): MAE, Europe 1961 – 1965, Allemagne, Bd. 1665).



den könnte.<sup>184</sup> Dieser Vorschlag wurde bei den Gesprächen der beiden Minister Couve de Murville und Schröder am 16. und 17. Dezember in Paris<sup>185</sup> wieder aufgegriffen. Im Verlauf dieses Treffens wurde die Frage der regelmäßigen Konsultationen, die nun tatsächlich auch die Beamten des Auswärtigen Amtes umfassen sollten, endgültig gelöst; strittig blieb lediglich das Problem, wer auf deutscher Seite Gesprächspartner des französischen Erziehungsministers werden sollte, da die Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bekanntlich unter die Hoheitsrechte der Länder fällt.<sup>186</sup> Während ihrer Unterredungen verständigten sich die beiden Minister auch endgültig über den Termin für die große deutsch-französische Konferenz, welche vom 21. bis 23. Januar 1963 in Paris stattfinden sollte; im Verlauf dieser Konferenz sollte unter anderem auch ein, auf den beiden Memoranden basierendes, deutsch-französisches Protokoll unterzeichnet werden. Am 11. und 12. Januar 1963 trafen sich dann die Leiter der Politischen Abteilungen der Außenministerien Charles Lucet und Josef Jansen in Bonn, um die Pariser Konferenz vorzubereiten und um sich auf endgültige Formulierungen zu verständigen.<sup>187</sup>

Der Weg hin zu einem deutsch-französischen Protokoll war allerdings alles andere als reibungslos: Zwar hatte auf deutscher Seite der Bundeskanzler die Regierungskrise mit der Kabinettsumbildung vom 14. Dezember 1962 überstanden, jedoch um den Preis eines weiteren Autoritätsverlustes: Anfang Dezember erklärte er, dass er nach der parlamentarischen Sommerpause 1963 zurücktreten werde – "Adenauers Zeit geht endgültig zu Ende, und nicht in einer sehr würdigen Form" notierte sein Weggefährte Horst Osterheld am 6. Dezember in sein Tagebuch.<sup>188</sup> Erschwerend hin-

184 Vermerk vom 11. Dezember 1962 über das Treffen zwischen Basdevant und Sattler am 3. Dezember in Paris (MAE, Europe 1961 – 1965, République fédérale d'Allemagne, Bd. 1665).

185 Bulletin Nr. 236 vom 21. Dezember 1962, S. 2001 f.

186 Gesprächsprotokoll der Unterredung Couve de Murville – Schröder vom 16. Dezember 1962 (MAE, Europe 1961 – 1965, République fédérale d'Allemagne, Bd. 1574); Maurice Couve de Murville, Außenpolitik 1958-1969, München 1973, S. 210.

187 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen über das Ergebnis der deutsch-französischen Besprechungen am 11. / 12. Januar 1963 in Bonn (AAPD 1963, Band 1, Dok. 18, S. 56 – 60).

188 Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 166.

zu kam der immer deutlicher zutage tretende Konflikt des Bundeskanzlers mit seinem Außenminister Schröder. Augenscheinlich wurde dies, als Schröder am 8. Januar 1963 für zwei Tage nach England fuhr, um auf Schloß Chequers, dem Landsitz des britischen Premierministers, Gespräche mit der britischen Regierung zu führen – der Bundesaußenminister hatte die Einladung zu diesen Gesprächen ohne die Zustimmung des Kanzlers und gegen dessen Willen angenommen. Adenauer konnte jedoch lediglich gegen die Eigenmächtigkeit seines Ministers protestieren, die er auch im Hinblick auf das deutsch-französische Verhältnis als unpassend empfand.<sup>189</sup> Die Befürchtungen des Bundeskanzlers, Schröder könne den Briten Zugeständnisse machen, die letztlich zu Lasten der deutsch-französischen Beziehungen gehen könnten, waren nicht aus der Luft gegriffen: Am 10. Januar 1963 notierte Staatssekretär Rolf Lahr, der Schröder nach Chequers begleitet hatte: "Am Abend und nächsten Vormittag sprachen wir sämtliche noch offenen Fragen der Beitrittsverhandlungen durch und stellten befriedigt fest, dass sich für alle bei gutem Willen und einiger Geduld allen zumutbare Lösungen finden lassen sollten. Der positive Abschluß der Verhandlungen scheint jetzt vor uns zu liegen. [...] In drei Tagen geht es in Brüssel weiter. Bei uns wird es an Geduld nicht fehlen, bei Italien und den Beneluxländern auch nicht. Der einzige Unsicherheitsfaktor besteht im Verhalten der Franzosen."<sup>190</sup>

Parallel zu dieser Entwicklung in Deutschland verschärfte sich der Konflikt der französischen Regierung mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten: Am 15. und 16. Dezember suchte der britische Premierminister Macmillan de Gaulle zu Gesprächen in Rambouillet auf, in deren Verlauf er nochmals nachdrücklich das Interesse Londons an einem baldigen EWG-Beitritt betonte.<sup>191</sup> Als das Gespräch auf die britisch-amerika-

189 Am 8. Januar notierte Horst Osterheld in sein Tagebuch: "Ich habe ihn nicht gelesen, aber Adenauer muß Schröder einen ziemlich massiven Brief wegen des schon angesagten Besuchs in Chequers geschrieben haben. Er hätte die Einladung, ohne des Bundeskanzlers Zustimmung einzuholen, nicht annehmen dürfen. Der Besuch sei politisch auch unklug; die Engländer gäben ihm nichts dafür, dass er dauernd erkläre, er wünsche sie als Mitglied im Club; sie würden deshalb keine niedrigeren Forderungen stellen. De Gaulle aber werde mißtrauisch oder werde es zumindest als unpassend empfinden, wenn Schröder vor dem großen Besuch in Frankreich erst nach England reise" (ebd., S. 170).

190 Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934 – 1974, Hamburg 1981, S. 370. Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Schreiben des Londoner Botschafters von Eltzdorf an Schröder vom 9. Januar (AAPD 1963, Band 1, Dok. 12, S. 39 – 41).

191 Frank Costigliola, The Failed Design: Kennedy, de Gaulle, and the Struggle for Europe, in: Diplomatic History 8 (1984), S. 227 – 251, hier: S. 246.



nische Rüstungskoooperation kam und Macmillan darauf hinwies, dass die amerikanische Regierung in Zukunft die von Großbritannien dringend benötigte Trägerrakete Skybolt<sup>192</sup> nicht mehr herstellen lassen wolle, schlug ihm de Gaulle vor, eine europäische Trägerrakete zu bauen.<sup>193</sup> Macmillan blieb ihm jedoch eine Antwort schuldig.<sup>194</sup> Vom 18. bis 20. Dezember 1962 fand dann in Nassau auf den Bahamas eine amerikanisch-britische Konferenz statt, in deren Verlauf sich US-Präsident Kennedy und Macmillan auf einen Kompromiß verständigten: Großbritannien sollte, als Ersatz für die Skybolt-Raketen, die neuen amerikanischen Polaris-Raketen erhalten; im Gegenzug mußte die britische Regierung jedoch zusichern, dass diese Raketen in eine neu zu schaffende Multilaterale Nuklearstreitmacht (MLF) der NATO eingegliedert werden sollten.<sup>195</sup>

De Gaulle sah in dem Beschluß von Nassau einen britisch-amerikanischen Alleingang und somit einen Affront gegen Europa. Indem Großbritannien seine nukleare Abschreckung an die USA binden wollte, stellte es sich eindeutig gegen seine Bemühungen, ein europäisches Verteidigungssystem zu errichten, die insbesondere in dem Aufbau der "force de frappe" zum Ausdruck kamen. "Dies sei charakteristisch. England wolle die besonderen Beziehungen zu Amerika. Das sei seine Politik, der es alles opfere, was es für nötig halte. Darüber müsse man sich vollkommen im klaren sein. Jedesmal, wenn die Amerikaner anders dächten als die Europäer, würden die Engländer nicht so denken wie die Europäer, sondern wie die Amerikaner."<sup>196</sup> Ganz besonders enttäuscht war der Staatspräsident anscheinend über das Vorgehen des Britischen Premiers, der "von Polaris [...] in Rambouillet kein Sterbenswörtchen gesagt"<sup>197</sup> habe,

192 "Am 10. Dezember 1962 hatte US-Verteidigungsminister McNamara seinen britischen Amtskollegen Peter Thorneycroft über Probleme bei der Entwicklung der Skybolt-Rakete informiert. London hatte schon 1960 zugunsten des amerikanischen Skybolt-Systems auf die Herstellung einer eigenen nuklearen Trägerrakete verzichtet. Nun war zu befürchten, dass die USA die Skybolt-Entwicklung einstellen würden" (Conze, Die gaullistische Herausforderung, a.a.O., S. 253).

193 So de Gaulle gegenüber Adenauer am 21. Januar 1963 (Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 201 f.).

194 Kusterer gibt in seinen Memoiren die Vermutung eines britischen Diplomaten wieder, demzufolge "Macmillan, der sich viel (zu viel?) auf seine Französisch-Kenntnisse zugute tat und ins Gespräch mit de Gaulle keinen Dolmetscher mitnahm, [...] vielleicht die diesbezüglichen Andeutungen de Gaulles aus sprachlichen Gründen gar nicht begriffen" habe (Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 469, Anmerkung 23).

195 Conze, Die gaullistische Herausforderung, a.a.O., S. 253 – 255.

196 De Gaulle zu Adenauer am 21. Januar 1963 (Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 202).

197 Ebd., S. 202.

obwohl sein Entschluß zu diesem Zeitpunkt bereits feststand, mit den Amerikanern ein Abkommen zu unterzeichnen.<sup>198</sup> Das ihm am 21. Dezember von Kennedy unterbreitete Angebot, Frankreich solle sich an den Multilateralen Streitkräften (MLF) beteiligen, war für ihn folgerichtig schlichtweg inakzeptabel. Am 14. Januar lehnte de Gaulle in einer berühmt gewordenen Pressekonferenz<sup>199</sup> die Teilnahme Frankreichs an den Multilateralen Streitkräften ab und sprach sich zugleich gegen einen Beitritt Großbritanniens zur EWG "zum gegenwärtigen Zeitpunkt" aus;<sup>200</sup> zu den deutsch-französischen Beziehungen äußerte er sich jedoch "ausgesprochen positiv und freundschaftlich."<sup>201</sup>

Auf deutscher Seite stellte sich die Situation anders dar: Sobald Adenauer über die amerikanisch-britische Übereinkunft von Nassau informiert worden war, zeigte er sich darüber im klaren, dass sich diese auch auf das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich auswirken könnte: "Nähme Frankreich das amerikanische Angebot, zur MLF ähnliches beizusteuern wie Großbritannien, nicht an, würde das die Spannungen innerhalb der NATO nicht erhöhen? Nähme es aber an, entstünde dann nicht ein Atomclub, das heißt, das von Adenauer stets bekämpfte Dreierdirektorium?"<sup>202</sup> Aus der Sicht der Bundesregierung konnte es im Grunde jedoch aus politischen und militärischen Erwägungen keine Alternative zu einer Mitarbeit

198 De Gaulle scheint tatsächlich von den Ergebnissen der Bahama-Konferenz überrascht gewesen zu sein. Jedenfalls hatte er noch am 21. Dezember an Macmillan geschrieben, dass er über den Verlauf der Gespräche in Rambouillet sehr erfreut sei und seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass die noch offenen Fragen in absehbarer Zeit in gegenseitigem Einvernehmen gelöst werden könnten (De Gaulle, Lettres, Notes et Carnets, Band IX: Janvier 1961 – Décembre 1963, a.a.O., S. 285).

199 De Gaulle, Discours et Messages, Band IV: Pour l'effort. Août 1962 – Décembre 1965, a.a.O., S. 61 – 79; Europa-Archiv, Folge 4 /1963, S. D 87 – 94 (Auszüge); Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 301 – 304 (Auszüge).

200 In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass de Gaulle eine Aufnahme Großbritanniens in die EWG nicht grundsätzlich ablehnte, sondern lediglich gewisse Bedingungen dafür formulierte. Immerhin stellte später sogar Margaret Thatcher fest, ihr sei "inzwischen klar geworden, dass General de Gaulle sehr viel mehr Einsicht bewies" als die damalige britische Regierung – sie ging sogar so weit, sich zu überlegen, ob man de Gaulles Bedingungen für einen EWG-Beitritt Großbritanniens nicht hätte akzeptieren sollen: "Es liegt auf der Hand, dass all dies [...] die britischen Interessen sehr viel besser widerspiegelt hätte als die zehn Jahre später schließlich vereinbarten Bedingungen für den britischen Beitritt. Hier haben wir vielleicht den besten europäischen Bus verpaßt, der je bei uns vorfuhr" (Margaret Thatcher, Die Erinnerungen 1925 – 1979, Düsseldorf 1995, S. 155 f.).

201 Schreiben des Gesandten Knoke, Paris, an das Auswärtige Amt vom 14. Januar 1963 (AAPD 1963, Band 1, Dok. 21, S. 67 – 72, hier: S. 71).

202 Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 168.



an der MLF geben, dies wurde bereits im Vorfeld des Besuchs von NATO-Generalsekretär Stikker am 4. Januar 1963 deutlich.<sup>203</sup> Am 12. Januar reiste der amerikanische Unterstaatssekretär George Ball nach Bonn, um die Bundesregierung über die Ergebnisse der Nassau-Konferenz zu informieren. Im Gepäck hatte er ein persönliches Schreiben Kennedys an Adenauer, in welchem der Präsident die Absicht der USA erklärte, eine Multilaterale Streitmacht aufzubauen; außerdem schlug der Präsident eine Reform der NATO vor, innerhalb der künftig globale Fragen in einem Exekutiv-Komitee erörtert werden sollten, wo auch die Bundesrepublik einen ständigen Sitz haben sollte.<sup>204</sup> Am Morgen des 14. Januar führte Ball ein erstes Gespräch mit Adenauer, in dessen Verlauf er nochmals das Interesse der USA an der Bildung der multilateralen Atomstreitmacht herausstellte, unabhängig von der Frage, ob sich Frankreich daran beteiligen wolle oder nicht. Der Bundeskanzler erklärte anschließend, dass er mit den Ausführungen Balls voll und ganz einverstanden sei und den amerikanischen Vorschlag unterstützen wolle.<sup>205</sup> Adenauers Erklärung wurde jedoch von den Meldungen über de Gaulles Pressekonferenz an den Rand des Interesses gedrängt.<sup>206</sup>

De Gaulles Äußerungen ließen die Risse und Widersprüche innerhalb der Bundesregierung wieder erkennbar werden: Bundesaußenminister Schröder betonte schon am 15. Januar in Brüssel, dass die Bundesregierung die Haltung de Gaulles nicht teile und sich weiterhin um einen britischen EWG-Beitritt bemühen werde.<sup>207</sup> In einem Telefonat mit dem Bundeskanzler stellte Schröder außerdem fest, dass die Aussagen des französischen Staatspräsidenten mit der vorgesehenen Unterzeichnung einer

203 Ebd., S. 176 f.

204 Conze, Die gaullistische Herausforderung, a.a.O., S. 256 f.

205 Adrian W. Schertz, Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons. Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung, Köln /Weimar /Wien 1992, S. 192 f.

206 In einer Aufzeichnung vom 29. Januar 1963 meinte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Rolf Lahr, "dass die offizielle Politik der Bundesregierung und die Ansichten Adenauers in dieser Frage" nicht übereingestimmt hätten und vermutete sogar angesichts der Tatsache, dass "der Bundeskanzler über die Pressekonferenz de Gaulles [...] nicht überrascht war und keine Kritik an Form und Inhalt der Äußerungen des Generals übte, [...] dass de Gaulle ihn ins Vertrauen gezogen hatte" (Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg, a.a.O., S. 376).

Adenauer hatte jedoch in vertraulicher Umgebung, während der Sitzung des CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorstandes am 25. Januar 1963, erklärt, dass er "die Erklärung de Gaulles vom 14. Januar nicht für richtig gehalten" habe (ACDP, VIII-001-1504/1).

207 Heinrich von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration, Band 2: Unter Berücksichtigung der Bestrebungen für eine "Atlantische Partnerschaft", Bonn/Wien/ Zürich 1964, S. 242 f.

deutsch-französischen Erklärung unvereinbar seien; Adenauer wies diese Einschätzung jedoch zurück.<sup>208</sup> Angesichts des wachsenden Widerspruchs von vielen Seiten in der Bundesrepublik<sup>209</sup> erschien jedoch die deutsch-französische Übereinkunft und die Unterzeichnung des Protokolls, welche nach den bisherigen Planungen im Laufe des deutsch-französischen Gipfels vom 21. bis 23. Januar in Paris erfolgen sollte, akut gefährdet.

In dieser aufgeheizten Situation fand am 16. Januar die letzte Kabinettsitzung vor der Pariser Konferenz statt. Dabei war keineswegs sicher, dass sich der Bundeskanzler gegenüber seinen Gegnern durchsetzen würde. Es gelang Adenauer jedoch, im Verlauf der Kabinettsitzung die Anwesenden (auch Bundesaußenminister Schröder, den er offenbar sehr geschickt in den Entscheidungsprozess eingebunden hatte) für die Unterstützung der deutsch-französischen Erklärung zu gewinnen.<sup>210</sup>

208 Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934 – 1974, a.a.O., S. 372.

209 "De Gaulle wollte Adenauer keine Schwierigkeiten machen; aber er machte sie ihm, und zwar in höchstem Maße. De Gaulle wollte den deutsch-französischen Vertrag nicht gefährden – weiß Gott nicht! –, aber er tat es. Es war, als hätte de Gaulle in ein Wespennest gestochen –, nur dass sich die Wespen weniger auf ihn als auf Adenauer stürzten" (Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 183).

210 Ebd., S. 183 f.; Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 819.

## 6. Protokoll oder Vertrag?

Der Inhalt des geplanten Abkommens war durch die in den Memoranden angesprochenen Themen bereits weitgehend vorgegeben. Nach den Absprachen zwischen Bundesaußenminister Schröder und seinem französischen Amtskollegen Couve de Murville am 16. und 17. Dezember in Paris waren im Auswärtigen Amt und im Quai d'Orsay verschiedene Entwürfe für die genauen Formulierungen eines Protokolls über die deutsch-französische Zusammenarbeit<sup>211</sup> und einer gemeinsamen Erklärung<sup>212</sup> des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten ausgearbeitet worden; die Leiter der Politischen Abteilungen Lucet und Jansen hatten sich dann am 11. und 12. Januar 1963 in Bonn im großen und ganzen auf einen endgültigen Text geeinigt.<sup>213</sup> Dieser wurde bei der Kabinettsitzung am 16. Januar dann einstimmig gebilligt;<sup>214</sup> lediglich in einigen Detailfragen wurde noch um die Formulierung gerungen.<sup>215</sup> Bei der Beratung im Kabinett standen die inhaltlichen Details allerdings weitaus weniger im Mittelpunkt als die grundsätzliche Bedeutung, die der von Adenauer in einen großen historischen Kontext gestellten deutsch-französischen Aussöhnung zukomme.<sup>216</sup> Zum Ende seiner Erläuterungen ließ der Bundeskanzler schließlich "die Katze aus dem Sack"<sup>217</sup> und machte eine brisante Ankündigung: Das deutsch-französische Protokoll solle die Form eines völkerrechtlichen Vertrags erhalten und dem Parlament zur Zustimmung vorgelegt werden!

- 211 Am 7. Januar 1963 legte die Politische Abteilung des Auswärtigen Amtes die Gegenüberstellung eines französischen Protokollentwurfs und der dazugehörigen deutschen Stellungnahme vor: Die Änderungsvorschläge der deutschen Seite bezogen sich unter anderem auf das Verhalten gegenüber Drittstaaten und verlangten eine ausdrückliche Erwähnung der NATO (AAPD 1963, Bd. 1, Dok. 6, S. 19 – 29).
- 212 Vgl. Entwurf für die Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten vom 7. Januar 1963 (AAPD 1963, Band 1, Dok. 7, S. 29 – 31).
- 213 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen über das Ergebnis der deutsch-französischen Besprechungen am 11. /12. Januar 1963 in Bonn (AAPD 1963, Bd. 1, Dok. 18, S. 56 – 60).
- 214 Schwarz, *Die Ära Adenauer*, a.a.O., S. 292.
- 215 Das Auswärtige Amt legte daher am 16. Januar (MAE, Europe 1961 – 1965, Allemagne, Bd. 1598), am 18. Januar (ACDP, Nachlaß Alois Mertes, I-403-018 /1) und am 20. Januar (MAE, Europe 1961 – 1965, Allemagne, Bd. 1598) weitere Entwürfe vor, die in kleinen Details von den jeweils vorigen abwichen.
- 216 Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 183 f.
- 217 Schwarz, *Präsident de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und die Entstehung des Elysée-Vertrages*, a.a.O., S. 177.

Adenauers Vorschlag, das Abkommen in Form eines Vertrages zu unterzeichnen, bedeutete eine Abkehr von den ursprünglichen Absichten der Bundesregierung: Während der Beratungen über das französische Memorandum war von Seiten des Auswärtigen Amtes noch betont worden, dass es sich lediglich "um einen deutsch-französischen, formlosen Gedankenaustausch über die Möglichkeiten zur Intensivierung der Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten [...] und nicht um Präliminarien zu einem deutsch-französischen Vertrag"<sup>218</sup> handle; selbst bei den deutsch-französischen Besprechungen am 11. und 12. Januar 1963 ging der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Josef Jansen offenbar noch davon aus, dass nur ein gemeinsames Protokoll und eine gemeinsame Erklärung zur deutsch-französischen Zusammenarbeit unterzeichnet werden sollte.<sup>219</sup> Im Auswärtigen Amt waren allerdings bereits Ende Dezember Bedenken laut geworden, ob für das geplante Abkommen nicht doch die Zustimmung des Bundestags notwendig sei; jedenfalls informierte der Leiter des außenpolitischen Büros im Kanzleramt Horst Osterheld den Bundeskanzler darüber noch im Dezember und erläuterte ihm dann am 3. Januar die juristischen Einwände.<sup>220</sup> Adenauer reagierte sehr unwirsch: "Er wolle nicht vor den Bundestag, er wolle das Abkommen so rasch wie möglich über die Bühne ziehen."<sup>221</sup> Dennoch forderte der Kanzler seinen Mitarbeiter auf, ihm die Argumente nochmals schriftlich darzulegen, und nach kurzer Zeit setzte bei ihm offenbar, nachdem er das Problem unter anderem mit Staatssekretär Globke erörtert hatte, ein Stimmungsumschwung ein: "Im Laufe von drei Tagen fand er Geschmack an dem Gedanken, das Abkommen

- 218 So der stellvertretende Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes Dr. Hilgard in einem Schreiben an den Generalsekretär der Kultusministerkonferenz Frey vom 12. Oktober 1962; Frey zitierte Hilgards Aussage in einem Brief an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Kultusminister Voigt vom 13. Oktober 1962 (BayHStA, Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Nr. 65911) sowie in einem Rundschreiben an die Mitglieder der Kultusministerkonferenz vom 17. Oktober 1962 (HstAWi, Kultusministerium, Abt. 504, Nr. 5864, Blatt 299 f.).
- 219 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen über das Ergebnis der deutsch-französischen Besprechungen am 11. /12. Januar 1963 in Bonn (AAPD 1963, Bd. 1, Dok. 18, S. 56 – 60); Schwarz, *Präsident de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und die Entstehung des Elysée-Vertrages*, a.a.O., S. 177.
- 220 Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 174.
- 221 Ebd., S. 174.



über den Rang einer Regierungsabmachung hinaus auf die Ebene eines politischen Vertrages zu heben und ihm dadurch eine festere Basis zu geben. Es würde auch turbulente Zeiten besser überstehen und seine Nachfolger binden, die es sonst einschlafen lassen und ohne viel Umstände ändern oder gar aufheben könnten. Zudem war anzunehmen, dass eine Reihe von Abgeordneten ein reines Regierungsabkommen schon deshalb ablehnen und befehlen würden, weil sie sich übergangen fühlten.<sup>222</sup>

Adenauers Schlußfolgerung unterschied sich allerdings fundamental von den Überlegungen der Mitarbeiter im Auswärtigen Amt: So kam beispielsweise Staatssekretär Carstens in einer Aufzeichnung vom 10. Januar 1963<sup>223</sup> ebenfalls zum Schluß, dass die angestrebte Unterzeichnung des deutsch-französischen Protokolls aus verfassungsrechtlichen Gründen wohl der Zustimmung durch Bundestag und Bundesrat bedürfe; daraus zog er jedoch genau die gegenteilige Konsequenz: Adenauer und de Gaulle sollten lediglich eine Erklärung für die Öffentlichkeit abgeben, aber kein Protokoll unterzeichnen, um eine möglicherweise mit Komplikationen verbundene Ratifizierung durch das Parlament zu vermeiden. Eine ähnliche Haltung spiegelte sich auch in einer Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haefen (Auswärtiges Amt) vom 14. Januar 1963 wider: "Nach Ansicht der Abteilung 5 dürfte das Protokoll über deutsch-französische Zusammenarbeit, das zur Zeit vorbereitet wird, in seiner gegenwärtigen Fassung gemäß Art. 59, Abs. 2 GG der Zustimmung der Gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, da es die politischen Beziehungen des Bundes regelt. [...] Die Zustimmungsbedürftigkeit könnte vermieden werden, wenn das Protokoll als Absichtserklärung gehalten würde."<sup>224</sup>

Die Problematik, welche sich nach der Pressekonferenz de Gaulles vom 14. Januar im Zusammenhang mit der Zustimmung des Parlaments zu einem möglichen deutsch-französischen Vertrag ergeben könnte, wurde bereits kurz danach deutlich spürbar: Zu verschiedenen kritischen Stimmen aus den Koalitionsparteien gesellten sich deutlich ablehnende Stellungnahmen aus den Reihen der Opposition. So sprach sich Fritz Erler als außenpolitischer Sprecher der SPD auf einer Fraktionssitzung am 15.

222 Ebd., S. 174.

223 AAPD 1963, Bd. 1, Dok. 18, S. 42 - 45.

224 AAPD 1963, Bd. 1, Dok. 22: Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Haefen, S. 73 f., hier: S. 73.

Januar ausdrücklich gegen die "nationale Eigenbrötelei" des Generals aus;<sup>225</sup> einen Tag später griff Carlo Schmid die Politik des französischen Staatspräsidenten vor dem Europarat scharf an.<sup>226</sup> Am gleichen Tag, dem 16. Januar, wandte sich der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer in schriftlicher Form an Bundeskanzler Adenauer und verurteilte dabei ebenfalls die Politik des Generals.<sup>227</sup> Am 17. Januar verabschiedete der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages auf Anregung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Erler eine Resolution, derzufolge die Bundesregierung sowohl bei den EWG-Verhandlungen in Brüssel als auch bei dem bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers in Paris auf den Beitritt Großbritanniens als Vollmitglied der EWG drängen solle.<sup>228</sup> Die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion vom gleichen Tag, den Staatsbesuch auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, "um jede Mißdeutung zu vermeiden"<sup>229</sup>, wurde von Adenauer verständlicherweise abgelehnt.<sup>230</sup> Am 18. Januar lud er jedoch die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Fraktionen zu Gesprächen ins Kanzleramt ein und sagte ihnen zu, sich bei de Gaulle für eine Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien einzusetzen. Im Anschluß an die Unterredung verabschiedeten die drei Fraktionsvorsitzenden gemeinsam mit Bundestagspräsident Gerstenmaier ein Communiqué, in welchem sie die Festigung der deutsch-französischen Freundschaft als Grundlage der europäischen Einigung und der nordatlantischen Zusammenarbeit begrüßten; gerade deswegen müsse die Bundesregierung sich auch für einen Beitritt Großbritanniens stark machen.<sup>231</sup> Trotz aller kritischen Einwände<sup>232</sup> hielt Adenauer jedoch unbe-

225 Heinrich Potthoff (Bearb.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961 - 1966, Düsseldorf 1993, S. 207 f.

226 Council of Europe, Consultative Assembly. Ordinary Session. Official Report of Debates (21. Sitzung am 16. Januar 1963), S. 723 - 726.

227 Reiner Marcowitz, Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969, München 1996, S. 98.

228 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Januar 1963.

229 Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 819.

230 Marcowitz, Option für Paris?, a.a.O., S. 98.

231 Heinrich Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1961 - 1963, Band 2: Unter Berücksichtigung der Bestrebungen für eine "Atlantische Partnerschaft" Bonn/Wien/Zürich 1964, S. 249 f.

232 Noch am 19. Januar erhielt Adenauer zwei Telegramme von dem früheren Hochkommissar der USA John McCloy und dem ehemaligen US-Außenminister Dean Acheson, in denen er aufgefordert wurde, nicht nach Paris zu fahren; wenn er doch fahre, so solle er wenigstens darauf drängen, dass de Gaulle einem britischen EWG-Beitritt zustimme (Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 187; Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 820).



irrbar an seinem Vorhaben fest, während seines Staatsbesuchs in Paris ein sehr weitreichendes deutsch-französisches Abkommen zu unterzeichnen – am Abend des 18. Januar telegraphierte die französische Botschaft in Bonn an den Quai d'Orsay, dass die Bundesregierung offensichtlich sogar einen Vertrag unterzeichnen wolle.<sup>233</sup>

Am 20. Januar, am Tag der Abreise Adenauers nach Paris, beschrieb der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Josef Jansen das fundamentale Dilemma der deutschen Außenpolitik: "Gibt de Gaulle in der britischen Frage in nichts nach, wird das deutsch-französische Abkommen aber trotzdem unterzeichnet, wird sich in der Bundesrepublik wahrscheinlich starke Opposition gegen das Abkommen erheben. Der Bundestag kann das Abkommen, ohne es abzulehnen, auf Eis legen. [...] Es stellt sich die Frage, ob der Bundeskanzler das Abkommen nicht unterzeichnen soll, falls de Gaulle [...] bei seiner Haltung bleibt. Dies kommt m.E. nicht in Frage. Es würde dahin interpretiert werden, dass die deutsche Politik des letzten Jahrzehnts der Annäherung an Frankreich [...] gescheitert sei". Aufgrund der Analyse Jansens blieb jedoch "nur eine Möglichkeit: Wir unterzeichnen das Abkommen. Gleichzeitig muß deutlich gemacht werden, dass der Bundeskanzler versucht hat, de Gaulle in der britischen Frage für eine konziliantere Haltung zu gewinnen. Für den Fall, dass dies nicht gelungen ist, muß sehr klar zum Ausdruck gebracht werden, dass sich in diesem Punkt die deutsche Haltung von der de Gaulles unterscheidet. Jedermann weiß, dass trotz engen deutsch-französischen Zusammengehens in der Frage der NATO (z.B. der multilateralen Nuklearbewaffnung) die deutsche und französische Politik verschiedene Wege gehen. Diese Differenz würde sich dann auch auf die europäische Politik erstrecken. Dass wir bezüglich der europäischen Integration anders denken als de Gaulle, war bereits bekannt. Die Spannung, die sich trotz enger deutsch-französischer Zusammenarbeit aus dem Auseinandergehen in so wichtigen Bereichen wie NATO- und Europapolitik ergibt, muß ertragen werden in dem fortgesetzten Versuch, de Gaulle für unsere Ansichten zu gewinnen. Im übrigen sollten wir auf die weitere Entwicklung vertrauen. Beim Bruch von Beziehungen gibt es keine weitere Entwicklung."<sup>234</sup>

233 Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 820.

234 Aufzeichnung Jansens vom 20. Januar 1963 (AAPD 1963, Bd. 1, Dok. 35, S. 108 f.).

Am Nachmittag des 20. Januar traf Bundeskanzler Adenauer auf dem Flughafen Orly ein. Bei seiner Rede nach der Ankunft sprach er zum ersten Mal öffentlich von einem Vertrag.<sup>235</sup> Noch am selben Abend suchten Jean Monnet und Walter Hallstein den Bundeskanzler auf und warnten ihn vor möglichen Folgen, die ein Vertragsabschluß mit Frankreich, insbesondere im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, haben könnte; Adenauer beharrte jedoch auf seinem Vorhaben und weigerte sich strikt, die Unterzeichnung eines deutsch-französischen Abkommens von de Gaulles Zusage zur Fortführung der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien abhängig zu machen.<sup>236</sup>

Noch vor Beginn der Unterredung mit de Gaulle am folgenden Morgen forderte Staatssekretär Carstens Adenauer nochmals zu einer harten Haltung gegenüber dem französischen Staatspräsidenten auf: "Herr Bundeskanzler, Sie müssen unbedingt de Gaulle ins Gewissen reden, dass er seine Englandposition revidiert; andernfalls dürfen Sie den Vertrag nicht unterschreiben!"<sup>237</sup> Ungeachtet dessen kam der Bundeskanzler bei seinem ersten politischen Meinungs austausch mit dem Staatspräsidenten gleich auf den "Vertrag" zu sprechen: "Ich möchte nicht mit den Einzelheiten des Vertrages anfangen, von dem ich hoffe, dass er [bis zum Unterzeichnungstermin] vollends endgültige Form findet."<sup>238</sup> Auch bei den Gesprächen der beiden Delegationen an diesem Vormittag zeigte sich, nach dem Eindruck des deutschen Botschafters in Paris Herbert Blankenhorn, dass das Abkommen "mehr und mehr den Charakter eines ratifikationsbedürftigen, feierlichen Vertrages"<sup>239</sup> annahm.

Die Besprechungen am Nachmittag des 21. Januar 1963 waren dann einzig und allein der Ausgestaltung des "Deutsch-Französischen Vertrages" gewidmet. Die Entscheidung darüber, dass das Abkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrages unterzeichnet werden sollte, war bereits definitiv gefallen: "Zur Ratifizierung des Abkommens bemerkte der Präsident, dass er sich über das, was auf deutscher Seite erforderlich sei, nicht äußern könne. Dies gehe nur die Deutschen an. Französischerseits werde dem Abkommen eine so große Bedeutung beigemessen, dass es

235 Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 821.

236 Ebd. S. 820 f.; Osterheld, "Ich gehe nicht leichten Herzens...", a.a.O., S. 188.

237 Kusterer, Der Kanzler und der General, a.a.O., S. 306 f.

238 Ebd., S. 307. Kusterer verweist darauf, dass dieser Teil des Gesprächsprotokolls in den "Akten zur Auswärtigen Politik" fehlt (AAPD 1963, Bd. 1, Dok. 37, S. 111 – 123).

239 Zitiert nach: Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 821.



auf jeden Fall in einer oder der anderen Form dem Parlament zugeleitet werden würde, auch wenn hierzu keine juristische Verpflichtung bestehe. Vielleicht werde das Abkommen sogar dem Volk zur Zustimmung unterbreitet werden. Französischerseits bestehe auf jeden Fall die Absicht, klar herauszustellen, dass hinter dem Abkommen nicht nur einige Unterschriften ständen, sondern dass durch das Abkommen die Völker in die geplante Zusammenarbeit hineingezogen werden sollten. Der Bundeskanzler akzeptiert diesen Vorschlag. Auch wir wollen das Abkommen durch ein Gesetz verankern, nicht nur, weil wir gesetzlich hierzu verpflichtet sind, sondern weil wir den Vertrag dadurch feierlich unterstreichen wollen."<sup>240</sup>

Mit dem Gedanken, den Vertrag durch die Bevölkerung bestätigen zu lassen, griff de Gaulle auf seine bereits am 30. Juli 1960 in Rambouillet geäußerten Überlegungen zurück, dass ein europäischer Einigungsvertrag von den Völkern durch ein Referendum akzeptiert werden müsse, damit Europa ein Werk der Völker und damit fest in deren Bewußtsein verankert sei.<sup>241</sup> Diese Idee wollte er nun wenn möglich auf das deutsch-französische Verhältnis übertragen. Bundeskanzler Adenauer hatte allerdings bereits bei früheren Zusammentreffen die verfassungsrechtliche Problematik angesprochen, die sich daraus ergab, dass einerseits das Grundgesetz keinen Volksentscheid auf Bundesebene vorsieht, andererseits den Parlamenten aber wesentlich mehr Kompetenzen zuspricht als die französische Verfassung: So wies er de Gaulle schon am 9. Februar 1961 "auf die verfassungsmäßigen Unterschiede zwischen Frankreich und den übrigen EWG-Staaten hin, in denen alles in enger Verbindung mit den Parlamenten gemacht werden müsse."<sup>242</sup> De Gaulle zeigte durchaus Verständnis für die Unterschiede – so sicherte er Adenauer am 15. Februar 1962 zu, er wisse wohl, dass Adenauer ein Referendum "aus verfassungsmäßigen Gründen nicht in Betracht ziehen könne"; daher "beuge [er] sich dem deutschen Grundgesetz"; zugleich betonte er aber auch die in seinen

240 Gesprächsprotokoll zur Elysée-Konferenz vom 21. Januar (AAPD, Bd. 1, Dok 38, S. 124 – S. 127, hier: S. 124 f.).

241 "Le moment venu, il faudra que les peuples européens eux-mêmes consacrent l'organisation de l'Europe par un référendum général et solennel. Si, comme on peut le prévoir, le résultat d'une telle consultation est positif et massif, l'Europe prendra le caractère d'une création populaire décisive." (Note au sujet de l'organisation de l'Europe: De Gaulle, Lettres, Notes et Carnets, Band 8, a.a.O., Abs. VIII, S. 383).

242 Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963, a.a.O., S. 83.

Augen "große Bedeutung einer solchen allgemeinen Manifestation der Bürger".<sup>243</sup> Mit seiner Aussage, den nun zur Unterzeichnung anstehenden Vertrag "auf jeden Fall in einer oder der anderen Form dem Parlament" zuzuleiten, kam er somit im Grunde den bundesdeutschen Regelungen entgegen. Diese Tatsache sollte sich für die weitere Entwicklung als nicht unerheblich erweisen, und de Gaulle betonte daher in der Folgezeit mehrmals, dass der Wille, das Abkommen zu ratifizieren, von Adenauer ausgegangen sei.<sup>244</sup>

Die Arbeitsebene des Auswärtigen Amtes war jedoch auf die Unterzeichnung eines völkerrechtlichen Vertrages nicht vorbereitet: Weder das offizielle, blau eingerahmte Vertragspapier der Bundesrepublik Deutschland, noch die dazugehörige blaue Ledermappe mit dem Bundesadler waren nach Paris mitgenommen worden. Deswegen wurde der Vertragstext in großer Eile auf französisches (rot eingerahmtes) Vertragspapier getippt und in eine blaue Ledermappe eingebunden, die der junge Diplomat Per Fischer kurz zuvor bei "Hermès" erstanden hatte und die zumindest äußerlich der offiziellen bundesdeutschen Vertragsmappe glich.<sup>245</sup>

Inhaltlich sah der Vertrag einen formalisierten Konsultationsmechanismus zwischen beiden Regierungen vor, der die Grundlage für die zukünftige Organisation der Beziehungen zwischen beiden Staaten sein sollte. Unter diesem Aspekt war der "Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963"<sup>246</sup>, der dann, nach dem Ort seiner Unterzeichnung, unter dem Namen "Elysée-Vertrag" bekannt wurde, tatsächlich eine Anwendung der Fouchet-Pläne auf binationaler Ebene.

243 Ebd., S. 145.

244 So bereits am 24. Januar 1963 vor einer Gruppe von französischen Abgeordneten (Le Monde vom 26. Januar 1963, S. 5) und später bei den Pressekonferenzen vom 31. Januar 1964 (Charles de Gaulle, Discours et messages, Band IV: Pour l'effort. Août 1962 – Décembre 1965, Paris 1970, S. 177) und vom 28. Oktober 1966 (Ders., Discours et messages, Bd. V, Paris 1970, S. 101).

Auch Couve de Murville stellte in seinen Memoiren heraus, dass "man auf Initiative Bonns auf den Gedanken eines Abkommens im juristischen Sinn gekommen" sei, das "nach der französischen Verfassung [...] keiner parlamentarischen Zustimmung bedurft" hätte (Couve de Murville, Außenpolitik, a.a.O., S. 211).

245 Bericht von Per Fischer anlässlich des Rhöndorfer Gesprächs am 3. November 1984 (Hans-Peter Schwarz (Hg.), Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958 bis 1969, Bonn 1985, S. 48).

Siehe auch: Per Fischer, Der diplomatische Prozeß der Entstehung des deutsch-französischen Vertrages von 1963, in: VfZG 41 (1993), S. 101 – 116, hier: S. 114 f.; Schwarz, Präsident de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und die Entstehung des Elysée-Vertrages, a.a.O., S. 179.

246 Bundesgesetzblatt 1963, Teil II, S. 705 – 710.



ne: Die Staats- und Regierungschefs sollten dabei mindestens zweimal jährlich, die Außen- und Verteidigungsminister mindestens alle drei Monate zusammentreten. In dreimonatigen Abständen sollte sich auch der französische Erziehungsminister mit derjenigen Persönlichkeit treffen, "die auf deutscher Seite benannt wird, um die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu verfolgen". Der Bundesfamilienminister und der französische Hohe Kommissar für Jugend und Sport, sowie die Generalstabschefs beider Staaten sollten sogar alle zwei Monate in Kontakt treten. Auf Beamtenebene waren allmonatliche Treffen der "leitenden Beamten der beiden Außenministerien, denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten obliegen", vorgesehen, die unter anderem die jeweiligen Konsultationsgespräche vorbereiten sollten. Zudem sollten die diplomatischen Vertretungen und die zuständigen Behörden auf den Gebieten der Verteidigung, der Erziehung und der Jugendfragen beider Staaten in wichtigen Fragen zusammenarbeiten. Weiterhin sollte in beiden Ländern eine "interministerielle Kommission" der beteiligten Ministerien ins Leben gerufen werden, die die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen überwachen und den jeweiligen Regierungen darüber Bericht erstatten sollte.

Der Elysée-Vertrag wurde in den letzten 40 Jahren politisch immer wieder als maßgebliches Fundament der deutsch-französischen Freundschaft gefeiert; 1991 diente er sogar als Vorbild für den deutsch-polnischen Kooperationsvertrag. Tatsächlich erwies sich der Vertrag, auch wenn er die möglicherweise ursprünglich mit ihm verknüpften Erwartungen nicht ganz erfüllen konnte,<sup>247</sup> bis zum heutigen Tag als ein pragmatisches Instrument für die politische Handhabung des binationalen Austauschs. Bemerkenswert ist, dass die Vertragsbestimmungen darauf abzielten, die deutsch-französischen Beziehungen bewusst über die rein politischen Kontakte hinaus langfristig zu beeinflussen, was insbesondere in der Schaffung des Deutsch-Französischen Jugendwerks nachdrücklich zum Ausdruck kam. Eine solche langfristige Beeinflussung des Verhältnisses der beiden Völker war auch von den "Vätern" des Vertrags de

247 Die Hoffnungen, die Adenauer mit der Vertragsunterzeichnung verband, kamen beispielsweise in seiner Fernsehansprache am Tag nach der Vertragsunterzeichnung zum Ausdruck, als er erklärte, er sei "fest davon überzeugt, dass dieser Vertrag später einmal von der Geschichtsschreibung als eines der wichtigsten und wertvollsten Vertragswerke der Nachkriegszeit bezeichnet werden wird" (Bulletin Nr. 16 vom 25. Januar 1963, S. 129; Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959 - 1963, Stuttgart 1968, S. 212).

Gaulle und Adenauer intendiert und spielte im Dialog der beiden Staatsmänner ab 1958 immer wieder eine wesentliche Rolle. Die deutsch-französischen Beziehungen sollten auf breiter Basis verzahnt und institutionalisiert werden, was sie letztlich unabhängig von den diplomatisch-persönlichen und aktuell-politischen Imponderabilien machen sollte. In diesem Sinne hat der Elysée-Vertrag in den vergangenen vier Jahrzehnten sicherlich Beachtliches geleistet - allerdings sind derartige Ergebnisse nur in einer sehr langfristigen Perspektive erkennbar. Es bleibt zu hoffen, dass sich Deutsche und Franzosen auch weiterhin aufeinanderzubewegen werden und dass die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses in dieser Hinsicht als Vorbild für die künftige Ausgestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen dienen möge.

## Auswahlbibliographie

- Adenauer, K., Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967.
- Adenauer, K., Erinnerungen 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1968.
- Adenauer, K., Teegespräche 1961–1963 (hrsg. v. Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters), Berlin 1992.
- Conze, E., Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1995.
- Couve de Murville, M., Außenpolitik 1958–1969, München 1973.
- De Gaulle, Ch., Discours et Messages, Band IV: Pour l'effort. Août 1962–Décembre 1965, Paris 1970.
- De Gaulle, Ch., Lettres, Notes et Carnets, Band IX: Janvier 1961–Décembre 1963, Paris 1986.
- De Gaulle, Ch., Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958–1962, Wien/München/Zürich 1971.
- Grosser, A., Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute, München/Wien 1986.
- Hildebrand, K., Der provisorische Staat und das ewige Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1963–1969, in: HZ 240 (1985), S. 283–311.
- Koopmann, M., Das schwierige Bündnis. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1958–1965, Baden-Baden 2000.
- Kosthorst, D., Die «unerwünschte Liaison». Thesen zur Vorgeschichte des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963, in: Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande 29 (1997), S. 177–194.
- Kusterer, H., Der Kanzler und der General, Stuttgart 1995.
- Lappenküper, U., Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der "Erbfeindschaft" zur "Entente élémentaire", 2 Bände, München 2001.
- Linsel, K., Charles de Gaulle und Deutschland 1914–1969, Sigmaringen 1998.
- Loth, W./Picht, R. (Hg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991.

- Maillard, P., De Gaulle und Deutschland. Der unvollendete Traum, Bonn/Berlin 1991.
- Marcowitz, R., Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969, München 1996.
- Ménudier, Henri (Hg.), Le Couple franco-allemand en Europe. Paris 1993.
- Osterheld, H., "Ich gehe nicht leichten Herzens...". Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986.
- Poidevin, R./Bariéty, J., Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982.
- Schwarz, H.-P., Adenauer, Bd. 2: Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991.
- Schwarz, H.-P. (Hg.), Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958 bis 1969, Bonn 1985.
- Ziebura, G., Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten. Überarbeitete und aktualisierte Neuauflage, Stuttgart 1997.